

„Internationaler Sommerkurs 2002“ der hessischen Fachhochschulen an der Fachhochschule Fulda vom 02.08.2002 bis zum 30.08.2002

Dr. Jürgen Faik:

Die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Vom deutschen Wirtschaftswunder zur globalisierten Wirtschaft

- Skript (Stand: 07.08.2002) -

Gliederung:

1. Einleitung
2. Zum Begriff der Wirtschaftsordnung
3. Die wirtschaftliche Ausgangslage in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg
4. Die Wirtschaftsordnungsfrage im Nachkriegsdeutschland
5. Die „Wirtschaftswunderphase“ in den 1950er und 1960er Jahren
6. Erste Krisenerscheinungen in den 1970er und 1980er Jahren
7. Die deutsche Vereinigung als Zäsur in den 1990er Jahren
8. Die aktuelle Globalisierungs- und Internationalisierungsdebatte
9. Schlussbetrachtung

1. Einleitung

Wenn das Stichwort von der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte fällt, so dürften den meisten Bundesbürgern zumindest zwei Schlagworte leicht von der Zunge gehen, welche grundlegende Einschnitte im bundesdeutschen Wirtschaftsgeschehen kennzeichnen, nämlich das vom „Wirtschaftswunder“ und das von der „deutschen Wiedervereinigung“. Mit diesen beiden Schlagworten sind in der Tat zwei grundlegend prägende Einschnitte in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnet. Sie umfassen indes im Wesentlichen nur die 1950er bzw. 1960er Jahre („Wirtschaftswunder“) sowie die Zeit nach 1990 („Deutsche Wiedervereinigung“). Zwischen diesen Zeitabschnitten fanden eine Reihe weiterer wesentlicher Wirtschaftsentwicklungen statt, vielleicht mit weniger offensichtlichen Effekten; gleichwohl wirken auch diese Einflüsse heute noch nach.

In der Veranstaltung wird am Beispiel der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland die Dynamik wirtschaftlichen Geschehens untersucht werden. Dies soll sowohl auf der makro- als auch auf der mikroökonomischen Ebene erfolgen. Es wird auf Entwicklungen auf den Güter-, den Geld- und den Arbeitsmärkten Bezug genommen werden.

Dies betrifft etwa die Frage der Einführung der Deutschen Mark 1948 als neuer Währung bzw. die Frage der Umstellung von Ost- auf Westmark in den neuen Bundesländern im Zuge der deutschen Vereinigung. Angesprochen werden aber auch konjunkturelle bzw. strukturelle Krisenphänomene, wie etwa die Entwicklung der bundesdeutschen Arbeitslosigkeit im Gefolge welt- und binnenwirtschaftlicher Problemlagen. Als Beispiel für eine weltwirtschaftliche Problemlage sei die „Ölkrise“ von 1973, als aktuelles Beispiel für eine binnenwirtschaftliche Problemlage die starre Struktur des bundesdeutschen Arbeitsmarktes genannt.

Methodisch besehen, kommen in den genannten Zusammenhängen verschiedene ökonomische Indikatoren zur Anwendung. Beispielhaft seien hier folgende Indikatoren angeführt: Das Wachstum und die Struktur des Bruttoinlandsprodukts, die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung privater Haushalte und die Entwicklung der Arbeitslosenquote.

Für die Veranstaltung ist eine chronologische Vierteilung vorgesehen:

- Die „Wirtschaftswunderphase“ in den 1950er und 1960er Jahren (Kapitel 5),
- Erste Krisenerscheinungen in den 1970er und 1980er Jahren (Kapitel 6),
- Die deutsche Vereinigung als Zäsur in den 1990er Jahren (Kapitel 7),
- Die aktuelle Globalisierungs- und Internationalisierungsdebatte (Kapitel 8).

Unmittelbar mit der Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft verknüpft ist die Entwicklung der Sozialordnung. Dies manifestiert sich nicht zuletzt in der Bezeichnung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung als „sozialer Marktwirtschaft“. Es wird daher – insbesondere im ersten Block der Veranstaltung (bzw. in den Kapiteln 2 bis 4 des vorliegenden Skriptums) – auch auf die politischen wie wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Entstehung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eingegangen werden. Darüber hinaus wird an verschiedenen Stellen in der Veranstaltung das Wechselspiel zwischen der Wirtschafts- und der Sozialordnung in Deutschland einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Gerade im Zusammenhang mit der Globalisierungsdebatte soll untersucht werden, ob das Modell der sozialen Marktwirtschaft den (vermeintlich) neuen Anforderungen an ein modernes Wirtschaftssystem gerecht wird.

2. Zum Begriff der Wirtschaftsordnung

Die Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaftsabläufe wurde nicht unwesentlich durch wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen bestimmt. Diese betrafen in erster Linie die Wahl der Wirtschaftsordnung im Ausgangszeitpunkt und deren Wandel im Zeitablauf. Um diese Themenstellung vertiefen zu können, ist zunächst der Begriff der Wirtschaftsordnung zu definieren. In Anlehnung an Lampert¹ wird im Folgenden unter Wirtschaftsordnung verstanden: „(...) die Gesamtheit aller für den organisatorischen Aufbau der Volkswirtschaft und für die wirtschaftlichen Abläufe geltenden Regeln sowie die Gesamtheit der für die Verwaltung, Steuerung und Gestaltung der Wirtschaft zuständigen Einrichtungen.“ Einer Wirtschaftsordnung kommen somit als Aufgaben die Herstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit einer Volkswirtschaft, die zielgerichtete Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten sowie gesellschaftspolitischer Aspekte zu.

Mit einer planwirtschaftlichen Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf der einen Seite und einer marktwirtschaftlichen Lenkung bzw. Koordinierung der wirtschaftlichen Abläufe auf der anderen Seite können zwei *extreme* Wirtschaftsordnungsmodelle voneinander unterschieden werden.

Exkurs: Markt- versus Planwirtschaft

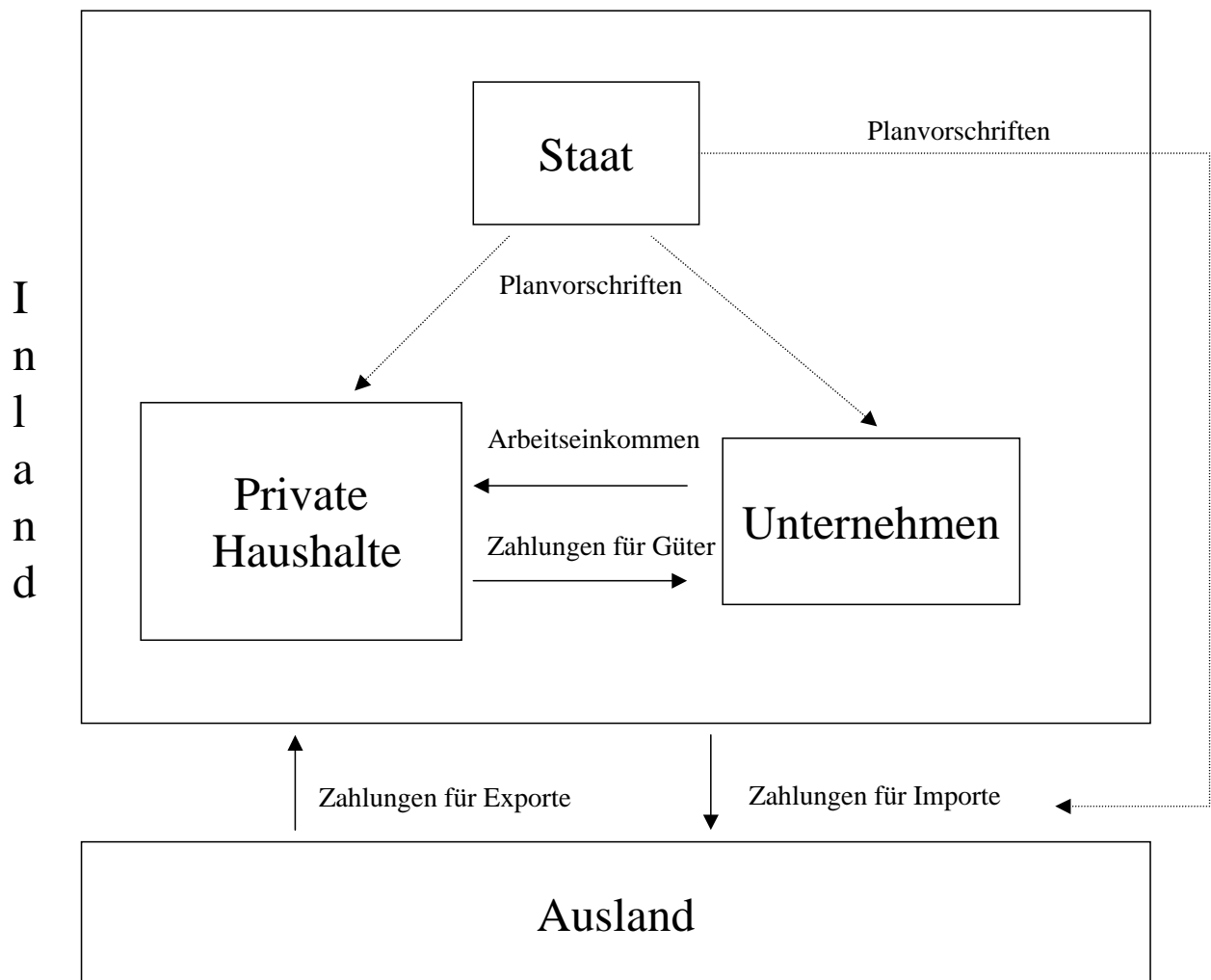
In einer *Planwirtschaft* sehen sich sowohl Unternehmen als auch private Haushalte mit Planvorschriften seitens der staatlichen Planbehörde konfrontiert. Ein bekanntes Beispiel hierfür sind die früheren Fünf-Jahres-Pläne in der Sowjetunion. Das System der Planwirtschaft beinhaltet angesichts der Komplexität der Beziehungen zwischen sehr vielen Anbietern und sehr vielen Nachfragern wirtschaftlicher Leistungen eine hohe Zahl an Abstimmungsprozessen, welche von der Planbehörde bewältigt werden muss.

Das nachfolgende Schaubild zeigt die idealtypische Konstruktion einer Planwirtschaft. Es wird hierbei das Bild von einem Wirtschaftskreislauf zwischen den Sektoren Private Haushalte, Unternehmen und Ausland sichtbar, auf das der Staat - sozusagen als übergeordnete Instanz - steuernd via Planvorschriften eingreift. Beispielsweise erhalten die Haushalte für ihre Arbeitsleistungen von den Unternehmen staatlich reglementierte Einkommenszahlungen. Hiervon können die Haushalte Konsumgüter, welche in den Unternehmen (nach

¹ Vgl. Lampert, Heinz: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, 13., überarbei-

Planvorgaben) produziert werden, von den Unternehmen kaufen.

Schaubild 1: Wirtschaftlicher Kreislauf in einer Planwirtschaft



Quelle: Eigene Darstellung

Charakteristika einer *Marktwirtschaft* sind (in idealtypischer Betrachtungsweise) die Elemente der Konsumentensouveränität, des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie die freie Berufswahl. Die Koordination wirtschaftlicher Interessen erfolgt in Marktwirtschaften über den Marktmechanismus, d. h. über das weitgehend „staatsfreie“ Zusammenspiel von wirtschaftlichem Angebot und wirtschaftlicher Nachfrage. Als Markt wird hierbei der ökonomische, nicht notwendigerweise geografische Ort verstanden, an dem die Marktakteure zwecks Handel von Gütern bzw. Dienstleistungen zusammen kommen.² Aus dem Interagieren von Angebot und Nachfrage bilden sich auf den einzelnen Märkten Preise.

tete Auflage, München/Landsberg am Lech 1997, S. 20.

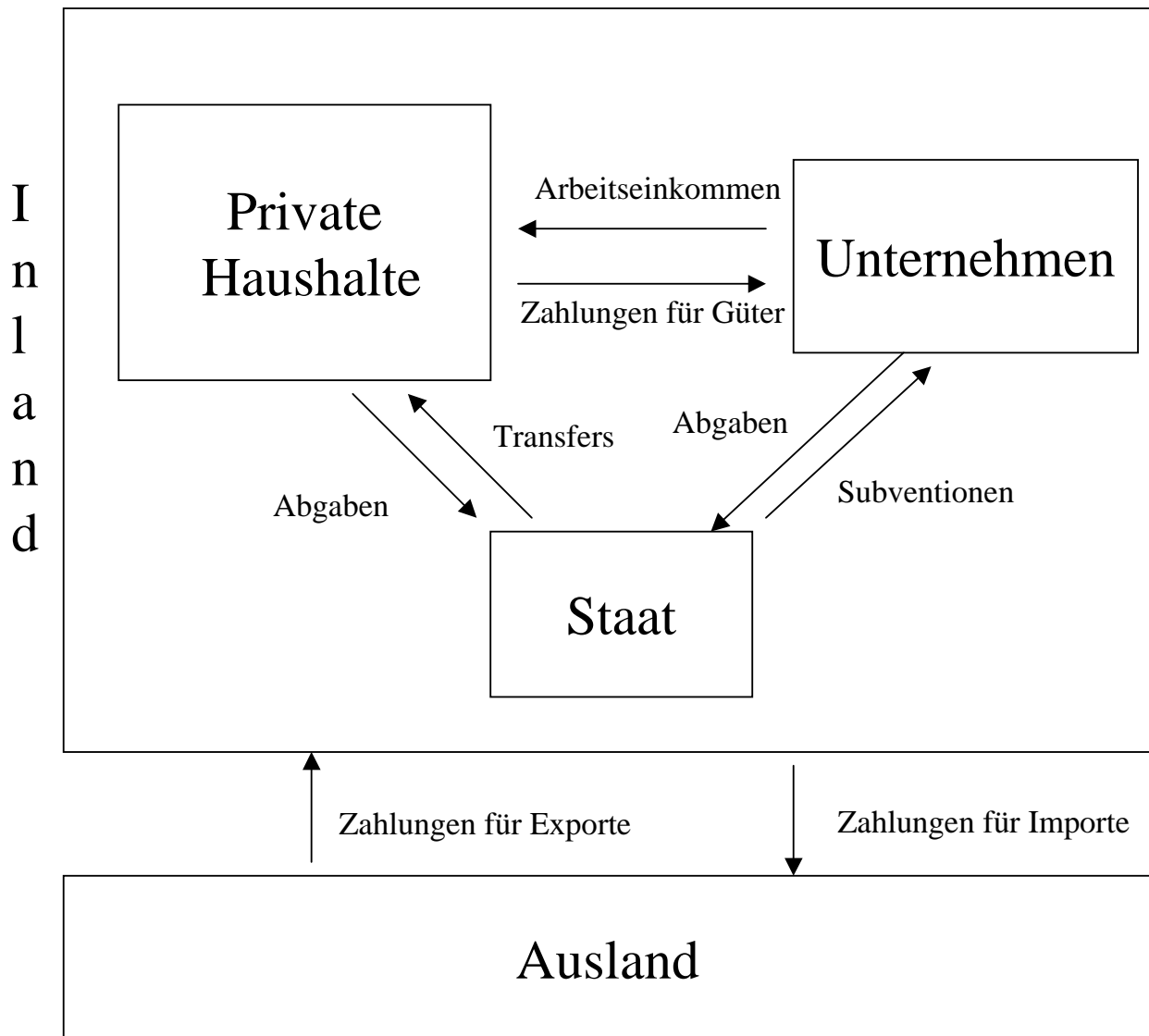
² Vgl. Grote, Michael/Wellmann, Andreas: Mikroökonomik, München/Wien 1999, S. 2.

Diese dienen entsprechend der Abstimmung der wirtschaftlichen Aktivitäten; sie fungieren zudem als Indikatoren für die Knappheitsverhältnisse von Gütern (bzw. von Ressourcen). In der Realität sind aber dem Preismechanismus Grenzen gesetzt (z. B. mittels staatlicher Preiskontrollen o. ä.).

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Austauschbeziehungen zwischen den Wirtschaftsakteuren ergibt sich auch in einer Marktwirtschaft das Bild von einem wirtschaftlichen Kreislauf. So erbringen Haushalte insbesondere Arbeitsleistungen, welche sie an Unternehmen verkaufen. Für diese realen Leistungen erhalten die Haushalte von den Unternehmen Geldleistungen in Form von (Arbeits-)Einkommen. Diese Einkommen der Haushalte werden zum Teil gespart, zum Teil aber verausgabt, konsumiert. Die Konsumtion von in den Unternehmen hergestellten Gütern/Dienstleistungen führt zu einem Geldfluss von den Haushalten zu den Unternehmen.

Gegenseitige Abhängigkeiten bestehen realistischerweise auch zwischen Haushalten und Staat sowie zwischen Unternehmen und Staat. Haushalte zahlen ebenso wie Unternehmen Abgaben (vornehmlich Steuern) an den Staat, erhalten aber andererseits Transferleistungen (Haushalte) bzw. Subventionen (Unternehmen) vom Staat. Zwischen In- und Ausland schließlich existieren auch mannigfaltige Verflechtungen. In das Ausland verkaufte Güter/Dienstleistungen heißen Exporte, denen ein Zahlungsstrom in umgekehrter Richtung – vom Aus- in das Inland – gegenübersteht. Bei den Importen fließt demgegenüber Geld in Richtung Ausland als monetäres Äquivalent für reale Leistungen aus dem Ausland. Schaubild 2 enthält, um die grundlegenden Zusammenhänge zu veranschaulichen, eine grobe Vereinfachung u. a. dahingehend, dass die Austauschbeziehungen *innerhalb* der Gruppe der Haushalte bzw. *innerhalb* der Gruppe der Unternehmen nicht Gegenstand des Schaubildes sind. Auch wird z. B. keine Ersparnisbildung unterstellt.

Schaubild 2: Wirtschaftlicher Kreislauf in einer Marktwirtschaft



Quelle: Eigene Darstellung

Beiden genannten Wirtschaftsordnungsmodellen wohnen eine Reihe sozialer Probleme inne. So werden als soziale Mängel einer marktwirtschaftlichen Ordnung die üblicherweise starken Ungleichheiten in der Verteilung der Einkommen und Vermögen, das Problem wirtschaftlicher Macht („Geld regiert die Welt!“) und das Problem sozialer Zusatzkosten in Form einer fehlenden privatwirtschaftlichen Internalisierung der durch einzelwirtschaftliches Unternehmerhandeln entstandenen gesamtgesellschaftlichen Kosten (z. B. im Falle von Umweltschädigungen) genannt.³

³ Vgl. Lampert 1997, S. 30-40.

Im Hinblick auf ein planwirtschaftliches Koordinierungsmodell werden ähnliche Problembereiche (wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung) angeführt: Es wird bemängelt, dass den einzelnen Wirtschaftssubjekten – wegen der großen „Verplantheit“ ihrer Aktivitäten – nur unzureichende Lebens- und Entwicklungschancen offen stünden und dass der Planungsbürokratie eine zu große wirtschaftliche Macht zukäme. Ähnlich wie im marktwirtschaftlichen Modell kann auch im Rahmen einer planwirtschaftlichen Koordinierung der wirtschaftlichen Abläufe das Problem sozialer Zusatzkosten auftreten. In der Marktwirtschaft äußert sich dieses Problem – wie oben dargelegt – in der fehlenden privatwirtschaftlichen Internalisierung sozialer Kosten; im planwirtschaftlichen Zusammenhang wird argumentiert, dass dort soziale Zusatzkosten als Folge des Verlustes wirtschaftlicher bzw. individueller Freiheiten entstünden.⁴

Eine Wirtschaftsordnung ist in einem zivilisierten Gemeinwesen durch eine elaborierte Sozialordnung zu ergänzen. In erneuter Anlehnung an Lampert richtet sich eine Sozialordnung *„(...) auf die Gesamtheit der Institutionen und Normen zur Regelung der sozialen Stellung von Individuen und Gruppen in der Gesellschaft (...) sowie zur Regelung der wirtschaftlich begründeten sozialen Beziehungen zwischen Gesellschaftsmitgliedern (...)“*.⁵

Im Rahmen der Sozialordnung sind daher (in entwickelten Gesellschaften) als Themenbereiche insbesondere anzusprechen:⁶

- Die Frage der Eigenvorsorge,
- die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen,
- das System sozialer Sicherung und
- das Aus- und Fortbildungssystem.

Ebenso wie die Wirtschaftsordnung ist auch die Sozialordnung keine unveränderliche Größe; vielmehr ist sie in konkrete historische Prozesse eingebunden und daher Veränderungen unterworfen. Während mittels Wirtschaftspolitik Einfluss auf Änderungen der Wirtschaftsordnung genommen wird, richtet sich die Einflussnahme der Sozialpolitik auf Ände-

⁴ Vgl. Lampert 1997, S. 41-50.

⁵ Lampert 1997, S. 67.

⁶ Vgl. Neumann, Lothar F./Schaper, Klaus: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, 4., überar-

rungen der Sozialordnung.⁷

Es existieren zwischen den Zielsetzungen und den Maßnahmebündeln beider Politikbereiche einige Schnittpunkte bzw. Interdependenzen. So sind der Schutz der Arbeitskraft von Jugendlichen und Müttern bzw. der aller Arbeitnehmer, die Erhaltung der Gesundheit oder die Verbesserung beruflicher Qualifikationen Zielsetzungen beider Politikbereiche. Interdependenzen bestehen etwa dahingehend, dass sich die sozialpolitische Zielsetzung der sozialen Sicherheit durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Vollbeschäftigungs-, Konjunktur- oder Wachstumspolitik realisieren/begleiten lässt. Grundsätzlich wirkt die Beeinflussung wirtschaftlicher Größen bzw. finanzieller Ressourcen durch die Wirtschaftspolitik insofern auf die Realisierungschancen sozialpolitischer Maßnahmen ein, als hierdurch deren finanzielle Rahmenbedingungen abgesteckt werden. Umgekehrt versuchen sozialpolitische Maßnahmen einen mehr oder weniger großen sozialen Ausgleich zwischen den einzelnen sozialen Gruppen zu erreichen, wodurch sie – bei „richtiger Dosierung“ – zur Stabilisierung bzw. – bei „falscher Dosierung“ – zur Destabilisierung der Gesellschaftsordnung beitragen und somit auf die wirtschaftlichen Größen einer Volkswirtschaft zurückwirken.

Allerdings sind Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht deckungsgleich. Sie unterscheiden sich z. B. hinsichtlich der Adressaten der jeweiligen Politikbereiche. Während die Sozialpolitik sich vorrangig mit wirtschaftlich und/oder sozial schwachen Personengruppen auseinandersetzt, bezieht sich die Wirtschaftspolitik auf *alle* Träger wirtschaftlicher Entscheidungen. Außerdem ist die Sozialpolitik – im Unterschied zur Wirtschaftspolitik – nicht nur auf die Beeinflussung wirtschaftlicher, sondern auch sozialer Tatbestände (wie die Behebung sozialer Defizite von Behinderten, Obdachlosen u. ä.) gerichtet.

Nach den recht allgemein gehaltenen Ausführungen zu Wirtschafts- und Sozialordnung in diesem Kapitel wird es in den nächsten Kapiteln darum gehen, die konkreten Ausformungen von Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland einer vertiefenden Analyse zu unterziehen. Gemäß der thematischen Beschränkung dieser Veranstaltung auf wirtschaftliche Aspekte wird dabei das Schwergewicht auf der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung bzw. auf der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik und deren Änderungen im Zeitablauf liegen.

beitete und aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main/New York 1998, S. 14.

⁷ Vgl. hierzu Neumann/Schaper 1998, S. 15-16.

3. Die wirtschaftliche Ausgangslage in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Ausgehend von den vorstehenden allgemeinen Erörterungen zu den Begriffen Wirtschafts- und Sozialordnung, geht es nachfolgend – wie bereits in Kapitel 2 angedeutet - um die wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen, welche im Nachkriegsdeutschland getroffen wurden. Ausgangspunkt derartiger Überlegungen bildete die reale, katastrophale wirtschaftliche Ausgangslage Deutschlands nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945. Politisch war Deutschland hierbei zunächst in vier Besatzungszonen unterteilt; jede Besatzungszone wurde von einer alliierten Siegermacht (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich) politisch „betreut“.⁸

Unter Bezugnahme auf die Kriegsschuld Deutschland stand 1945 bei den genannten Siegermächten der Morgenthau-Plan ganz oben auf der politischen Agenda. Der Morgenthau-Plan sah u. a. vor:⁹

- Die Demontage bzw. die Zerstörung der deutschen Schlüsselindustrien, damit der Aufbau einer Rüstungsindustrie verhindert würde,
- speziell die Zerstörung des Industriezentrums an der Ruhr,
- die Demontage und Verteilung von Industrieanlagen bzw. –ausrüstungen an die Siegermächte,
- die politische Zerschlagung Deutschlands in einen nord- und einen süddeutschen Staat,
- die Zwangsarbeit Deutscher im Ausland und
- die Rückführung des deutschen Wirtschaftsniveaus auf das Niveau einer agrarischen Volkswirtschaft.

Teile des Morgenthau-Planes gingen in das Potsdamer Abkommen der Siegermächte zur Neuordnung Deutschlands vom Juli/August 1945 (17. Juli bis 02. August 1945) ein. Zu nennen wäre etwa die Beschränkung der deutschen Industrieproduktion auf ungefähr die

⁸ Wie weiter unten noch näher ausgeführt werden wird, schlossen sich die westlichen Alliierten 1947/48 in der so genannten Trizone zusammen.

⁹ Vgl. Lampert 1997, S. 75-76.

Hälfte des Standes der Vorkriegszeit (d. h. auf die Hälfte des Standes von 1938). Gemessen an der Kapazitätsauslastung der deutschen Wirtschaft (mittels des Niveaus der gewerblichen Bauten, Wohnungen, Verkehrsanlagen, der Industrieproduktion u. ä.), ergab sich in der Tat 1945 für Deutschland eine Auslastungsquote von nur etwa 50 % im Vergleich zur Vorkriegszeit. Überdies galten ca. 60 % der überlebenden Deutschen unmittelbar nach Kriegsende als (deutlich) unterernährt, was sich in Resignation bzw. Lethargie, verstärkter Schwarzarbeit, erhöhter Korruption sowie grundsätzlich in einem Anstieg der Untergrabung der Moral in der deutschen Bevölkerung äußerte.¹⁰

Diese sozial unerwünschten Erscheinungen veranlassten die Alliierten (bis 1948), die zentralwirtschaftlichen Elemente der NS-Zeit (weitgehend) in Kraft zu behalten:¹¹

- Lebensnotwendige Güter wurden rationiert.
- Grund-, Roh- und Betriebsstoffe wurden bewirtschaftet und zugeteilt.
- Es gab Preis- und Lohnstopps.
- Die Alliierten kontrollierten die Ein- und Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen ebenso wie die Devisenbewegungen.
- Außerdem gab es Produktionsvorschriften und Ablieferungsverpflichtungen in Bezug auf bewirtschaftete Produkte.

Neben den skizzierten Problemen auf der realwirtschaftlichen Ebene zeigten sich im Nachkriegsdeutschland auch auf der geldwirtschaftlichen Ebene massive Problemlagen; die Geldordnung Deutschlands war im Grunde genommen zerstört. So stieg der Bargeldumlauf von 1935 auf 1945 von 6,3 Mrd. Reichsmark auf 73 Mrd. Reichsmark, die Bankguthaben erhöhten sich in diesem Zeitraum von 30 Mrd. Reichsmark auf 150 Mrd. Reichsmark, und die Reichsschulden wuchsen von 1935 auf 1945 von 15 Mrd. Reichsmark auf 415 Mrd. Reichsmark an. Entsprechend sank das *reale* Volksvermögen von 370 Mrd. Reichsmark auf 250 Mrd. Reichsmark, d. h. um zwei Drittel.¹² Die Reichsmark wurde folglich nicht mehr als Währungseinheit in der Bevölkerung akzeptiert, und es entstand die

¹⁰ Vgl. Lampert 1997, S. 76-77.

¹¹ Vgl. Lampert 1997, S. 77.

¹² Vgl. Lampert 1997, S. 77-78.

legendäre „Zigaretten-Währung“: Die von den Alliierten zugeteilten Zigaretten dienten als Währungseinheiten.¹³

Ingesamt stellte sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit als sehr prekär dar. Die seit 1947/48 in der so genannten Trizone zusammengefassten Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich) teilten in der Folge hiervon Auffassungen wie die des US-amerikanischen Wirtschaftspolitikberaters Stolper aus dem Jahre 1947:

„So also sieht Deutschland mehr als zwei Jahre nach der bedingungslosen Übergabe aus: eine in ihrer biologischen Substanz unheilbar verstümmelte Nation (...); eine intellektuell verkrüppelte Nation (...); eine durch die Zerreißung der Familienbände moralisch ruinierte Nation (...); eine Nation städtischer und industrieller Zivilisation, deren Städte fast alle in Trümmern, deren Fabriken zerschmettert liegen; eine Nation ohne Nahrung und Rohstoffe, ohne funktionierendes Verkehrssystem oder gültige Währung; eine Nation, deren soziales Gefüge durch Massenflucht, Massenwanderung, durch massenhafte Zwangsansiedlung von Fremdlingen zerrissen ist; eine Nation, deren riesenhafte Staatsschuld annulliert ist, deren Bankdepositen entweder beschlagnahmt oder durch Währungsverfall entwertet sind, wo Massenenteignung von industriellem und gewerblichem Eigentum als ein Akt politischer Rache angeordnet oder durch Abstimmung beschlossen wurde; eine Nation, die, nachdem sie die Provinzen verlor, die die Quelle eines Viertels ihrer Nahrung waren, in unmittelbarer Gefahr einer zweiten Teilung zwischen ihren früheren westlichen und östlichen Feinden steht; eine Nation, in der es, mehr als zwei Jahre nach dem Sieg der friedliebenden Demokratien, keine Garantie persönlicher Freiheit gab, kein Habeas Corpus und keine Demokratie (...), ein Land, wo in Hunger und Angst die Hoffnung erstarb und mit ihr der Glaube an all die Ideale, für die wenigstens die Westmächte kämpften und ihre Söhne in Scharen opferten.

(...)

Dieses Deutschland, so zerschmettert es am Boden liegt, ist immer noch ein unheimliches Rätsel für die Welt und wird es bleiben, bis es einmal seine Sprache wiederfindet. Das neue Deutschland hat noch keine Stimme, es spricht die Außenwelt noch nicht an und gewinnt ihr gegenüber keinen Ausdruck. (...) Welches politische Idiom sich schließlich aus dieser Verwirrung herauslösen wird, können wir nicht voraussagen. Aber aus allen Hüllen

¹³ Vgl. hierzu beispielsweise Keim, Helmut/Steffens, Heiko (Hrsg.): Wirtschaft Deutschland. Daten-

der Zweifel tritt eine Gewissheit hervor: Die Zukunft Deutschlands ist die Zukunft europäischer Freiheit. In Deutschland wird sie triumphieren oder zugrunde gehen.“¹⁴

Diese Sicht der Dinge führte dazu, dass die politischen Machthaber in der Trizone zunehmend von der Stoßrichtung des Morgenthau-Planes Abstand nahmen und Westdeutschland mit umfangreichen Finanzhilfen (im Rahmen des so genannten Marshall-Planes) auf dem Wege zu einer größeren wirtschaftlichen Stärke ausstatteten.¹⁵ Die Demontagen in Westdeutschland dauerten zwar bis 1951 an, wurden aber im entsprechenden Zeitabschnitt sukzessive reduziert. Letztlich erreichten sie nicht einmal ein Viertel des ursprünglich beabsichtigten Volumens. Schätzungen ergaben für Westdeutschland in der Summe wirtschaftliche Kapazitätsverminderungen zwischen 3 % und 6 % (als Folge der Demontagen).¹⁶ Im Unterschied hierzu erfolgten auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ; späteres Territorium der Deutschen Demokratischen Republik) wesentlich umfangreichere (Industrie-)Demontagen, was die Chancen Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auf einen erfolgreichen wirtschaftlichen Neubeginn erheblich schmälerte.¹⁷

Der erwähnte Marshall-Plan war die Folge des sich seit 1947/48 zuspitzenden Ost-West-Konfliktes. Im Rahmen des Marshall-Planes wurden seitens der USA umfangreiche Gelder für die daniederliegenden Volkswirtschaften Europas gewährt (mit der Zielsetzung der Stärkung des US-amerikanischen Einflussbereiches). Die westeuropäischen Länder verpflichteten sich im Kontext des Marshall-Planes zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch den Abbau von Handelshemmnissen.¹⁸

Analysen-Fakten, Köln 2000, S. 15.

¹⁴ Zitiert nach Lampert 1997, S. 78-79.

¹⁵ Zuvor hatte es von 1946 bis 1950 US-amerikanische Hilfslieferungen im Rahmen des so genannten GARIOA-Programmes gegeben. GARIOA = Government Appropriations for Relief in Occupied Areas (vgl. Weimer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S. 16).

¹⁶ Vgl. Weimer 1998, S. 26).

¹⁷ Vgl. Lampert 1997, S. 79-82.

¹⁸ Vgl. Weimer 1998, S. 27-28.

4. Die Wirtschaftsordnungsfrage im Nachkriegsdeutschland

Die Frage, wie ein wieder (weitgehend) politisch selbstständiges Westdeutschland wirtschaftlich zu organisieren sei, war damit aber noch nicht entschieden. Bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein war in Deutschland die Vorstellung verbreitet, eine sozialistische Wirtschaftsform sei eine für das „neue Deutschland“ geeignete Wirtschaftsordnung. Exemplarisch sei hierzu aus dem Ahlener Programm der CDU von 1947 zitiert:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.

Neuordnung und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“¹⁹

Während die CDU/CSU kurz darauf ihr politisches Programm auf marktwirtschaftliche Grundsätze „umstellte“, trat die SPD Ende der 1940er bzw. Anfang der 1950er Jahre für eine sozialistische Planwirtschaft ein.

In der Verfassung der 1949 – auf dem Gebiet der so genannten Trizone (zunächst ohne das Saarland) - gegründeten Bundesrepublik Deutschland findet sich zwar das so genannte Sozialstaatsgebot; ansonsten sind aber keine weiteren stichhaltigen Anhaltspunkte für eine konkrete Wirtschafts- und Sozialordnung enthalten. Daher musste die erste Wahl in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 letztlich die Entscheidung über die Festlegung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung erbringen – wenngleich natürlich bereits zuvor durch das marktwirtschaftlich orientierte Handeln der westlichen Alliierten gewisse Grundsatzentscheidungen in Richtung Marktwirtschaft getroffen wurden (im Unterschied zur aus der SBZ hervorgegangenen DDR, in der die Entscheidung zu Gunsten einer planwirtschaftlichen Ordnung fiel). Die CDU/CSU erhielt 31,0 %, die SPD 29,2 % und die –

¹⁹ Zitiert nach Adam, Hermann: Wirtschaftspolitik und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Bonn 1995, S. 246.

ebenso wie die CDU/CSU für marktwirtschaftliche Grundsätze eintretende – FDP 11,9 % der Stimmen. Es kam gemäß der demokratischen Mehrheiten eine CDU/CSU-FDP-Regierung zustande; mit einer Stimme Mehrheit wurde der CDU-Politiker Konrad Adenauer zum ersten deutschen Bundeskanzler gewählt.²⁰ Damit war die Richtungsentscheidung (endgültig) zu Gunsten einer marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland gefallen. Die Wirtschaftsordnung erhielt das Attribut „sozial“, da sozialstaatliche Elemente (im Rahmen der Sozialordnung) neben die marktwirtschaftliche Grundordnung treten sollten. Die Wirtschafts- und Sozialordnung der sozialen Marktwirtschaft fand in der Folge auch bei der größten Oppositionspartei, der SPD, Zustimmung; formal geschah dies auf dem SPD-Parteitag in Bad Godesberg 1959.

Die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft geht auf theoretische Überlegungen zurück, wie sie u. a. von dem Freiburger Ökonomen Walter Eucken und dem Kölner Ökonomen Alfred Müller-Armack angestellt wurden. Neben seiner Lehrtätigkeit an der Universität Köln war Müller-Armack über mehrere Jahre hinweg Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard (CDU)²¹ und prägte mit diesem zusammen die Wirtschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland maßgeblich.²²

Im Folgenden sollen die theoretischen Grundelemente der Wirtschafts- und Sozialordnung der sozialen Marktwirtschaft dargestellt und mit ihrer praktischen Umsetzung kontrastiert werden. Die letztgenannte Kontrastierung erfolgt in diesem Kapitel kursorisch, wird aber in den folgenden Kapiteln des Skriptums explizit bzw. implizit erweitert werden.

Eucken ging in seinen theoretischen Vorstellungen vom ökonomischen Modell der vollständigen Konkurrenz aus. In diesem Modell stehen sehr viele Anbieter sehr vielen Nachfragern gegenüber, so dass die Einflussmöglichkeiten eines einzelnen Marktteilnehmers auf die Marktpreisbildung vernachlässigenswert gering sind. Darüber hinaus wird in dem betreffenden ökonomischen Modell vom Angebot eines homogenen Gutes (d. h. es gibt zwischen den angebotenen Gütern keinerlei Unterschiede) sowie von einer vollkommenen Markttransparenz der Nachfrager über das Marktangebot ausgegangen. Zusätzlich zu diesem „reinen“ Modell, mit dessen Hilfe Eucken die Vorzüge „reiner“ Marktwirtschaften be-

²⁰ Vgl. Adam 1995, S. 34 und S. 41.

²¹ Ludwig Erhard amtierte im Übrigen von 1963 bis 1966 als Bundeskanzler in unmittelbarer Nachfolge von Konrad Adenauer; formal trat er erst nach seiner Wahl zum Bundeskanzler der CDU bei (vgl. hierzu Weimer 1998, insbesondere S. 159-162 und S. 183-184).

sonders prononciert darstellen wollte, forderte Eucken von der zu realisierenden Wirtschaftsordnung, dass

- die Preise und die Währung über Marktprozesse stabilisiert werden sollten,
- die Märkte offen sein sollten, d.h. keine Einfuhrbeschränkungen u. ä. aufweisen sollten, und
- Privateigentum an den Produktionsmitteln herrschen sollte.²³

In den Vorstellungen Euckens sollte der Staat dafür sorgen, dass der Wettbewerb zwischen den privaten Unternehmen auch de facto stattfindet, etwa indem er Maßnahmen zur Verhinderung der Entstehung von Monopolen treffen sollte. Eucken sprach sich aber durchaus auch für Korrekturen der Marktergebnisse – im Sinne der Markteinkommen – aus, und zwar für den Fall, dass diese gesamtgesellschaftlichen Vorstellungen entgegenstünden. In diesem Fall seien z. B. Maßnahmen einer progressiven Einkommensbesteuerung sachadäquat. Auch forderte Eucken die privatwirtschaftliche Internalisierung gesamtgesellschaftlicher (Umwelt-)Schäden, welche aus den einzelwirtschaftlichen Kalkülen der Privatunternehmer resultieren könnten.²⁴ Des Weiteren sollte es bei Eucken dem Staat möglich sein, anomales Marktverhalten durch das Setzen von Mindestlöhnen, -preisen o. ä. zu verhindern. Weitergehende Aufgaben schrieb Eucken dem Staat im Rahmen seines Konzepts nicht zu.²⁵

Demgegenüber erweiterte Müller-Armack den Aufgabenbereich des Staates dahingehend, dass der Staat für den sozialen Ausgleich in einer Gesellschaft in umfassenderem Maße als bei Eucken zuständig sei, etwa über die Sicherung von Vollbeschäftigung. Müller-Armack legte allerdings Wert auf die Feststellung, dass die entsprechenden staatlichen Maßnahmen marktkonform zu sein hätten (Beispiel für eine marktkonforme staatliche Maßnahme: Zuschusszahlungen an Einkommensschwache zum Kauf lebensnotwendiger Güter).²⁶

²² Vgl. Adam 1995, S. 41.

²³ Vgl. Adam 1995, S. 41-43.

²⁴ Zur Problematik sozialer Zusatzkosten im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnungen vgl. gegebenenfalls nochmals die Anmerkungen in Kapitel 2.

²⁵ Vgl. Adam 1995, S. 43-44.

²⁶ Vgl. Adam 1995, S. 44.

Selbst wenn man Euckens und Müller-Armacks idealtypische Modellvorstellungen vergleichsweise wenig streng beurteilt, muss doch konstatiert werden, dass das vorstehend skizzierte Ideal der sozialen Marktwirtschaft in der bundesdeutschen Realität *zu keinem Zeitpunkt* existent war; allenfalls im Sinne einer *groben Annäherung* kann man die Bundesrepublik Deutschland als soziale Marktwirtschaft bezeichnen.²⁷

Die angedeuteten Abstriche vom Ideal der sozialen Marktwirtschaft ergeben sich beispielsweise dadurch, dass auf den meisten bundesdeutschen Märkten eher von oligopolistischen Marktstrukturen als von vollständigem Wettbewerb auszugehen war bzw. ist. Damit ist gemeint, dass einige wenige Anbieter relativ vielen Nachfragern gegenüber stehen. Die „Vermachtung“ der bundesdeutschen Märkte zu Gunsten der Güteranbieter hat sich dabei im Zeitablauf eher noch verstärkt als abgeschwächt. Auch war in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, was in den folgenden Kapiteln noch deutlicher werden wird, der Staat nicht nur auf seine Rolle als Wettbewerbshüter (wie im Wesentlichen von Eucken gefordert) beschränkt, sondern in viel stärkerer Weise in das Wirtschaftsgeschehen eingebunden.

Beispielsweise gab und gibt es eine Vielzahl öffentlicher Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen, setzt der Staat die Marktpreisbildung vielfach außer Kraft (Beispiel: Landwirtschaft), greift in die Vertrags- und Gewerbefreiheit privater Unternehmen durch Vorschriften regulierend ein und steuert das Wirtschaftsgeschehen durch Finanzhilfen und Steuervergünstigungen.

Hierbei ist im Übrigen selbst die Frage, inwieweit der Staat tatsächlich als Hüter der Wettbewerbsordnung tätig war, nicht eindeutig zu beantworten. Zwar wurde beispielsweise das Kartellgesetz – mit der institutionellen Parallelität des Bundeskartellamtes – „installiert“. Gleichwohl wurde das Kartellgesetz – nicht zuletzt als Folge der massiven Einflussnahme seitens der Unternehmer-Interessensvertretungen – relativ stark „verwässert“, so dass in der Praxis vielfältige Ausnahmeregelungen für Unternehmenszusammenschlüsse und damit für Anbietermacht existieren.

De facto handelt es sich bei der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung um eine (aus privatwirtschaftlichen und öffentlichen Elementen) gemischte Wirtschaftsordnung. Sie kann –

²⁷ Vgl. hierzu und zu den folgenden Anmerkungen Adam 1995, S. 41-54. Beispielsweise war die Landwirtschaft in Deutschland eigentlich nie marktwirtschaftlich, sondern eher planwirtschaftlich ausgerichtet (vgl.

wie gesagt – lediglich in grober Annäherung als soziale Marktwirtschaft gekennzeichnet werden.

5. Die „Wirtschaftswunderphase“ in den 1950er und 1960er Jahren

Wie die nachfolgende Übersicht über die realen (d. h. preisbereinigten) Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts²⁸ in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, war das diesbezügliche Wirtschaftswachstum im Nachkriegsdeutschland sehr hoch. Diese Entwicklung wird üblicherweise mit dem Begriff des „bundesdeutschen Wirtschaftswunders“ belegt.

**Übersicht 1: Zunahme des Bruttoinlandsprodukts
in Marktwirtschaften von 1949 bis 1954**

Land	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 1949-1954 in %
Bundesrepublik Deutschland	8,4 a)
Österreich	5,7
Italien	6,4
Jugoslawien	1,0
Griechenland	4,8
Schweiz	5,7
Niederlande	4,9
Frankreich	4,8
Kanada	4,2
Finnland	5,3
Norwegen	4,2
Schweden	3,5
USA	3,6 b)
Dänemark	3,7
Belgien	3,7
Großbritannien	2,7

a) 1950-1954, b) 1948-1954

Quelle: Klump, Rainer: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht, Wiesbaden 1985, S. 43

In der Literatur gibt es in diesem Zusammenhang eine Kontroverse, inwieweit diese Entwicklung der gewählten Wirtschaftsordnung – d. h. (in grober Näherung) der sozialen Marktwirtschaft – zuzuschreiben ist oder nicht. Abelshausen²⁹ etwa vertritt die These,

²⁸ Vereinfacht gesagt, ist das Bruttoinlandsprodukt die Wertsumme der im Inland (also in der Bundesrepublik Deutschland) hergestellten Güter und Dienstleistungen. Zur Vermeidung von Doppelzählungen wird allerdings der Wert der Güter mit Vorleistungscharakter – so genannte Vorleistungen – nur einmal – und zwar im Endprodukt – berücksichtigt.

²⁹ Vgl. Abelshausen, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt

dass auch bei einer anderen Wirtschaftsordnung mit einem ähnlichen Wirtschaftswachstum zu rechnen gewesen wäre und führt in diesem Zusammenhang sozusagen als empirischen Beleg an, dass bereits vor „Installierung“ der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland 1948/49 – d. h. in der Zeit der Bewirtschaftung - das Wirtschaftswunder in Form stark gesteigener Produktionszahlen eingesetzt habe. In eine ähnliche Richtung – d. h. in Richtung einer fehlenden Korrelation zwischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftswachstum - kann das folgende Zitat des englischen Sozialphilosophen John Stuart Mill aus dem 19. Jahrhundert eingeordnet werden:

„Ein Land verlässt ein durch Feuer und Schwert vernichtetes Land und nimmt beinahe sein gesamtes bewegliches Vermögen mit fort. Alle Einwohner sind ruiniert, und wenige Jahre später ist doch alles wieder wie vorher. Diese vis medicatrix naturae hat oft unendliches Staunen hervorgerufen und wurde zum Beweis der wunderbaren Macht des Sparprinzips angeführt. Es ist aber gar nichts Wunderbares dabei. Die Möglichkeit einer schnellen Erholung von ähnlichem Unstern hängt besonders davon ab, ob das Land entvölkert wurde oder nicht. Wenn seine Bevölkerung nicht gleichzeitig ausgerottet und später auch nicht ausgehungert wurde, hat sie in diesem Fall bei gleicher Geschicklichkeit und Kenntnissen wie vorher, bei Erhaltung des Bodenbesitzes und dessen ständigen Verbesserungsmitteln und, da die dauerhaften Gebäude wahrscheinlich nicht zerstört oder nur zum Teil beschädigt sind, beinahe alle Erfordernisse für die frühere Höhe der Produktion. Wenn ihr genügend Nahrung oder die entsprechenden Werte zu deren Kauf gelassen werden, die ihr bei einiger Entbehrung das Leben und die Arbeitsgeschicklichkeit erhalten, wird sie in kurzer Zeit einen ebenso großen Ertrag haben und das gleich große Kapital wie vorher erworben haben. (...)“³⁰

Klump widerspricht einer solchen Position und setzt dagegen: *„Nicht das bloße Vorhandensein der Produktionsfaktoren, sondern erst ihre effiziente Kombination im Produktionsprozess ermöglicht ein Wirtschaftswachstum.“³¹* Gerade in einer Marktwirtschaft „erzwänge“ die knappe Nutzung von Produktionsfaktoren technischen Fortschritt und solcherart Wirtschaftswachstum in beachtlicher Größenordnung. Insofern spreche einiges dafür, dass die wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung in Deutschland pro (sozialer)

am Main 1983.

³⁰ Zitiert nach Lampert 1997, S. 318.

³¹ Klump 1985, S. 40.

Marktwirtschaft für die hohen Wachstumsraten der 1950er Jahre ursächlich war.³²

Zur wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidung pro sozialer Marktwirtschaft kam im Nachkriegsdeutschland die Währungsreform vom 20.06.1948 hinzu.³³ Gemäß dieser Währungsreform erhielt jeder Bundesbürger in den Westzonen bzw. in Westberlin zunächst für 40 Reichsmark 40 Deutsche Mark (DM); diese „1:1-Einmalauszahlung“ wurde später um 20 DM/Einwohner erhöht. Darüber hinaus wurden die restlichen Reichsmark-Guthaben der Bundesbürger durchschnittlich zu 6,5 DM für 100 Reichsmark umgestellt. Kurz nach der Währungsreform erfolgten am 24.06.1948 die Freigabe der Preise sowie eine Steuerreform, die u. a. eine Senkung der direkten Steuersätze, Steuerbefreiungen für Überstundenvergütungen, hohe Abschreibungsmöglichkeiten für Betriebe und Steuervergünstigungen für nicht-ausgeschüttete Gewinne enthielt.³⁴

Alles in allem ergaben sich nach Währungsreform und Entscheidung pro sozialer Marktwirtschaft sehr hohe Zuwachsraten bei der industriellen Güterproduktion in der Bundesrepublik Deutschland.³⁵ Diesen Befund, welcher durch weitere empirische Belege gestützt werden kann, wertet Klump³⁶ als Beleg dafür, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen marktwirtschaftlicher Ordnung *plus* Geldwertstabilität auf der einen Seite sowie hohem Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite gebe. Aus dieser Sicht heraus kommt eine bestimmte, eine angebotstheoretische Politikpräferenz zum Ausdruck. Auch wenn man den Aspekt der Geldwertstabilität weniger hoch als Klump bewertet und aus durchaus guten Gründen eher andere, nachfrageorientierte Überlegungen präferiert, so kann doch m. E. der These zugestimmt werden, dass marktwirtschaftliche Ordnungen eine hinreichende Güterversorgung einer Bevölkerung ermöglichen, und zwar in höherem Maße als planwirtschaftliche Ordnungen.³⁷ Damit das marktwirtschaftliche Geschehen nicht „zügellos“ verläuft und eine möglichst breit gestreute Wohlstandsverteilung in der Bevölkerung erreicht werden kann, erscheint eine Ergänzung marktwirtschaftlicher Ordnungen um so-

³² Vgl. Klump 1985, S. 40-42.

³³ Vgl. hierzu beispielsweise Weimer 1998, S. 31-49.

³⁴ Vgl. Klump 1985, S. 51.

³⁵ Ergänzend weist Klump 1985 darauf hin, dass es aus seiner Sicht für Westdeutschland seinerzeit vorteilhaft gewesen sei, dass das Ende der Bewirtschaftungen auf eine Anordnung der Militärregierung zurückzuführen und nicht das Resultat eines aufwändigen parlamentarischen, bürokratischen politischen Prozesses war.

³⁶ Vgl. Klump 1985, S. 53-54.

³⁷ Vgl. hierzu auch Adam 1995.

ziale Komponenten erstrebenswert. Insoweit kann man die Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft durchaus als „Erfolgsmodell“ bezeichnen.

Trotz der hervorgehobenen Stellung der Wirtschaftsordnung war diese aber sicherlich nicht ausschließlich für das – nach gewissen Startschwierigkeiten³⁸ einsetzende - deutsche Wirtschaftswunder in den 1950er (und 1960er) Jahren verantwortlich. Positiv auf das hohe bundesdeutsche Wirtschaftswachstum in den 1950er Jahren wirkten sich zweifellos auch die hohe Arbeitsqualität (im Sinne qualifizierter Fachkräfte aus den „Ostgebieten“) und die große Arbeitswilligkeit der deutschen Bevölkerung aus. Nach den skizzierten Reformen von 1948 erhöhte sich beispielsweise – als Indikator für die große Arbeitswilligkeit der bundesdeutschen Bevölkerung - die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 39,1 Stunden (1947) auf 42,4 Stunden (1948); bis 1950 ergab sich eine nochmalige Steigerung auf 48,2 Stunden. Zusätzlich stieg die Produktivität pro Arbeitsstunde von (Juni) 1948 auf (Juni) 1949 um 28 %; von (Juni) 1949 auf (Juni) 1950 erhöhte sie sich nochmals um 12 %.³⁹

Außerdem kam als Stimulans für das bundesdeutsche Wirtschaftswachstum der investive Kapazitätseffekt im Sinne relativ geringer finanzieller Ausgaben für industrielle Großanlagen zum Tragen. Der Kapitalstock der westdeutschen Volkswirtschaft war vergleichsweise wenig angegriffen.⁴⁰

Hinzu kommt, dass die finanziellen Forderungen der Siegermächte letztlich verringert wurden. Eine abschließende diesbezügliche Regelung stellte das „Londoner Schuldenabkommen“ dar.⁴¹

Gegenüber den 1950er Jahren schwächte sich das Wirtschaftswachstum in den 1960er Jahren in Deutschland ab: Im Durchschnitt lag es in dieser Dekade aber immerhin noch bei +4,8 %. Der weiterhin positive Wachstumsverlauf wurde durch die zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung begünstigt: *„Trotz der D-Mark-Aufwertung von 1961 und obwohl die Bundesrepublik nach Berechnungen der EWG bereits die höchsten Arbeitskos-*

³⁸ Vgl. Weimer 1998, S. 79-82.

³⁹ Vgl. Klump 1985, S. 59.

⁴⁰ Vgl. Weimer 1998, S. 111-112.

*ten (Löhne und Lohnnebenkosten) in Europa hatte, lief der Exportmotor auf vollen Touren.*⁴²

Als Folge der hohen Wachstumsraten hatte die bundesdeutsche Volkswirtschaft bereits Ende der 1950er Jahre das Vollbeschäftigungsniveau erreicht. Da durch den Mauerbau von 1961 der Zustrom ostdeutscher Arbeitskräfte abebbte, zugleich die tarifliche Wochenarbeitszeit zurückging (von 1955 bis 1966: von 47,1 auf 41,8 Stunden) und die Ausbildungszeiten der Jugendlichen anstiegen, erwies sich aus Sicht der Unternehmen der Faktor Arbeit zunehmend als Engpassfaktor bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen. Als Folge hiervon startete die Bundesregierung in verschiedenen südeuropäischen Ländern Anwerbeprogramme, mit deren Hilfe „Gastarbeiter“ in die Bundesrepublik gelockt wurden.⁴³

Erstmals wurden auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene auffällige (für eine marktwirtschaftliche Ordnung an und für sich typische) Konjunkturen sichtbar. 1967 wurde die erste Rezession für die Bundesrepublik Deutschland beobachtet; das reale Bruttosozialprodukt⁴⁴ sank zum ersten Mal, und zwar um 0,1 %.⁴⁵ Als Folge dieser Rezession waren im ersten Halbjahr 1967 ca. 300.000 Personen mehr als ein Jahr zuvor arbeitslos gemeldet, und die Zahl der Erwerbstätigen ging um 800.000 Personen zurück.⁴⁶

Im Zuge dieser ersten Krisenerscheinungen erhöhte sich die Akzeptanz einer stärkeren Einflussnahme des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen. Das Keynesische Deficit spending bzw. die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik fanden eine zunehmende Akzeptanz. Auch wurden – unter dem Namen der Konzertierten Aktion – die Gewerkschaften von 1967 bis 1976 aktiv in eine stabilitätsgerechte Wirtschaftspolitik eingebunden.⁴⁷ Letzteres wurde sicherlich auch dadurch begünstigt, dass die SPD von 1967 bis 1969 in der „Gro-

⁴¹ Vgl. Weimer 1998, S. 107.

⁴² Weimer 1998, S. 166.

⁴³ Vgl. Weimer 1998, S. 169-170.

⁴⁴ Das Bruttosozialprodukt wird mitunter bei der (vergrößerten) Beschreibung gesamtwirtschaftlichen Wohlstandes als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt genutzt. Das Bruttosozialprodukt unterscheidet sich betragsmäßig üblicherweise nur geringfügig vom Bruttoinlandsprodukt. Im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt, bei dem auf die Gütererzeugung im Inland abgestellt wird, bezieht sich das Bruttosozialprodukt auf den Wert der Gütererzeugung (ohne Vorleistungen) durch Inländer (unabhängig, ob im In- oder im Ausland).

⁴⁵ Vgl. Adam 1995, S. 86.

⁴⁶ Vgl. Weimer 1998, S. 181.

⁴⁷ Vgl. Adam 1995, S. 147.

ßen Koalition“ unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) mitregierte bzw. ab 1969 in einer sozial-liberalen Regierungskoalition mit Willy Brand sogar den Bundeskanzler stellte. Die Konjunkturankurbelung in der Bundesrepublik Deutschland via Deficit spending hatte Erfolg. Beispielsweise stieg der Index für die Industrieproduktion (1962 = 100) von 117,6 (1967) über 131,2 (1968) auf 147,7 (1969).⁴⁸

Exkurs: Das Deficit spending

Der von der Wirksamkeit fiskalpolitischer Maßnahmen stärker überzeugte Ökonom John Maynard Keynes forderte, in einer Rezession (mit typischerweise relativ hoher Unterbeschäftigung) die Staatsausgaben über staatliche Verschuldung auszudehnen (so genanntes Deficit spending) und somit die Volkswirtschaft anzukurbeln, um später im Aufschwung (mit typischerweise relativ hoher Beschäftigung und Inflationsgefahren) die Staatsausgaben zu reduzieren. Auf die letztgenannte Weise würde sozusagen auf die „Inflationsbremse“ getreten werden.⁴⁹

Die dem Deficit spending zugrunde liegende wirtschaftspolitische Philosophie ist allerdings nicht unumstritten, was letztlich auch dazu geführt hat, dass das Deficit spending, welches in den 1960er und 1970er Jahren in einer Reihe führender Industrieländer recht weit verbreitet war, heute eher nicht mehr als wirtschaftspolitische „Heilslehre“ gepredigt wird. Nachfolgend sollen einige Probleme des Deficit spending kurz Erwähnung finden.⁵⁰

- Es sind Verzögerungen - so genannte Time lags - zu beachten (insbesondere der politische und der Wirkungs-Lag), welche dazu führen können, dass die Maßnahmen des Deficit spending erst in der „falschen“ Konjunkturphase wirken.
- Politisches Handeln ist, da Regierungen gewählt werden wollen, asymmetrisch: Ausgabenausweitungen (wie sie für den Konjunkturabschwung gemäß Deficit spending empfohlen werden) sind populär, Ausgabenkürzungen (wie sie gemäß Deficit spending bei einem Konjunkturaufschwung sinnvoll wären) hingegen unpopulär. Politisch Handelnde tendieren daher dazu, nur einen Aspekt des Deficit spending anzuwenden (nämlich den der Ausgabenausweitungen), was zu schwe-

⁴⁸ Vgl. Weimer 1998, S. 189-193.

⁴⁹ Vgl. hierzu z. B. Hunt, E. K./Sherman, Howard J.: Ökonomie. Aus traditioneller und radikaler Sicht, Band 1, Kronberg im Taunus 1977, S. 132.

ren wirtschaftlichen Verwerfungen (wachsende Staatsverschuldung, Inflation usw.) führen kann.

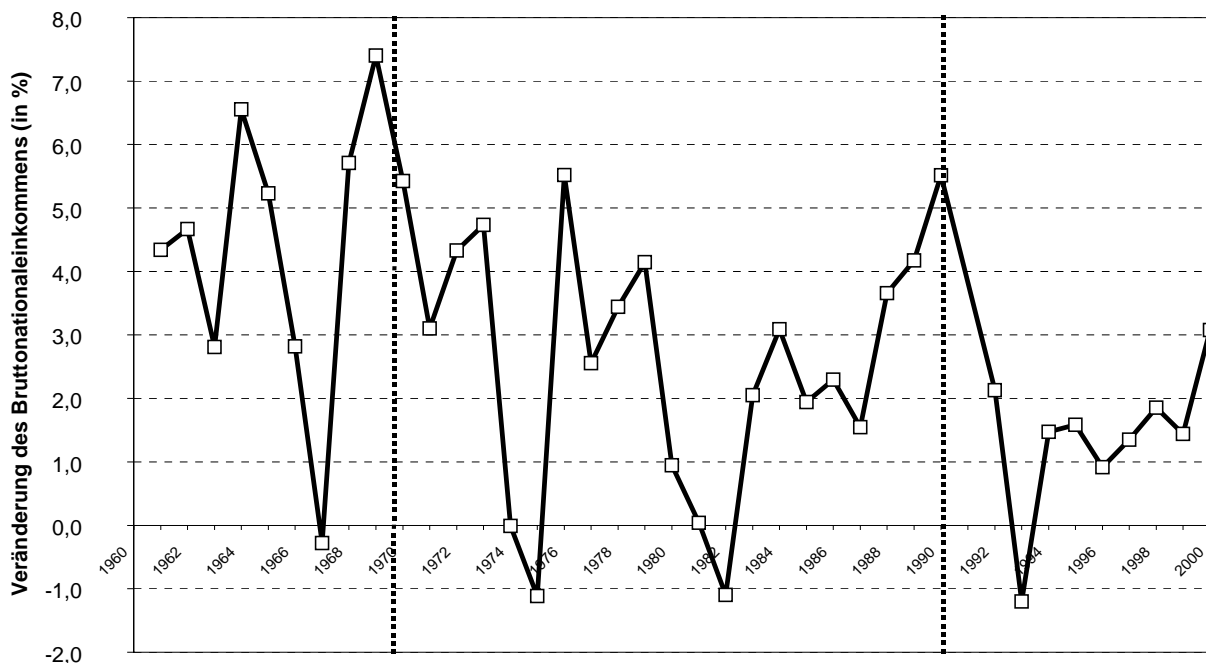
- Die verstärkte aktive Einflussnahme des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen kann private Aktivitäten verdrängen. Da entsprechende staatliche Aktivitäten eher konsumtiven Charakter haben und private Investitionen verdrängen können, kann dies die Wachstumschancen einer Volkswirtschaft einschränken.
- Eine wachsende Staatsverschuldung im Rahmen des Deficit spending kann das Beschäftigungsproblem - beispielsweise über die Verdrängung privater Investitionsnachfrage - verschärfen. Nimmt man noch den Aspekt hinzu, dass die wachsende Staatsnachfrage im Konjunkturabschwung zumindest tendenziell zu einem Anstieg des Preisniveaus führt, so entsteht ein Phänomen, welches unter dem Begriff Stagflation bekannt geworden ist: Relativ hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig relativ hoher Inflationsrate.
- Grundsätzlich wird in einer alternativen wirtschaftspolitischen Sicht gegen die aktive Einflussnahme des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen eingewandt, dass hierdurch der im Hinblick auf die Erwartungsbildung als vergleichsweise stabil angenommene private Sektor verunsichert würde und sich hieraus gravierende wirtschaftliche Problemlagen ergäben.

⁵⁰ Vgl. hierzu auch Woll, Artur: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 13. Auflage, München 2000, S. 416-419.

6. Erste Krisenerscheinungen in den 1970er und 1980er Jahren

Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende der 1960er Jahre – gemessen an der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts bzw. des Bruttosozialprodukts (neuer Begriff: Bruttonationaleinkommen) – von Jahr zu Jahr äußerst dynamisch und weitgehend störungsfrei verlaufen war, stellten sich in den 1970er und 1980er Jahren erste Krisenerscheinungen ein. War die Entwicklung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende der 1960er Jahre nur mit einer Rezession (im Jahre 1967) verbunden, so stellten sich – wie die nachfolgende Abbildung 1 illustriert – in den 1970er bzw. in den 1980er Jahren zwar auch nur jeweils eine Rezession (1974/75 bzw. 1981/82) ein. Anders als die erste bundesdeutsche Rezession aus dem Jahre 1967, wirkten sich die beiden letztgenannten Rezessionen allerdings sehr nachhaltig (negativ) auf den Arbeitsmarkt aus.

Abbildung 1: Wirtschaftliches Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis 2000 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten in Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR; Hrsg.): Rentenversicherung in Zeitreihen, Frankfurt am Main 2002

Im Gefolge der Rezession von 1967 war die bundesdeutsche Arbeitslosenquote auf 2,1 % angestiegen. Sie fiel aber anschließend wieder auf ein Niveau um die 1-Prozent-Marke herum; bis Mitte der 1970er Jahre herrschte in der Bundesrepublik Deutschland quasi Vollbeschäftigung. Sichtbares Zeichen dieses Tatbestandes war die Zunahme der Anzahl an Gastarbeitern.

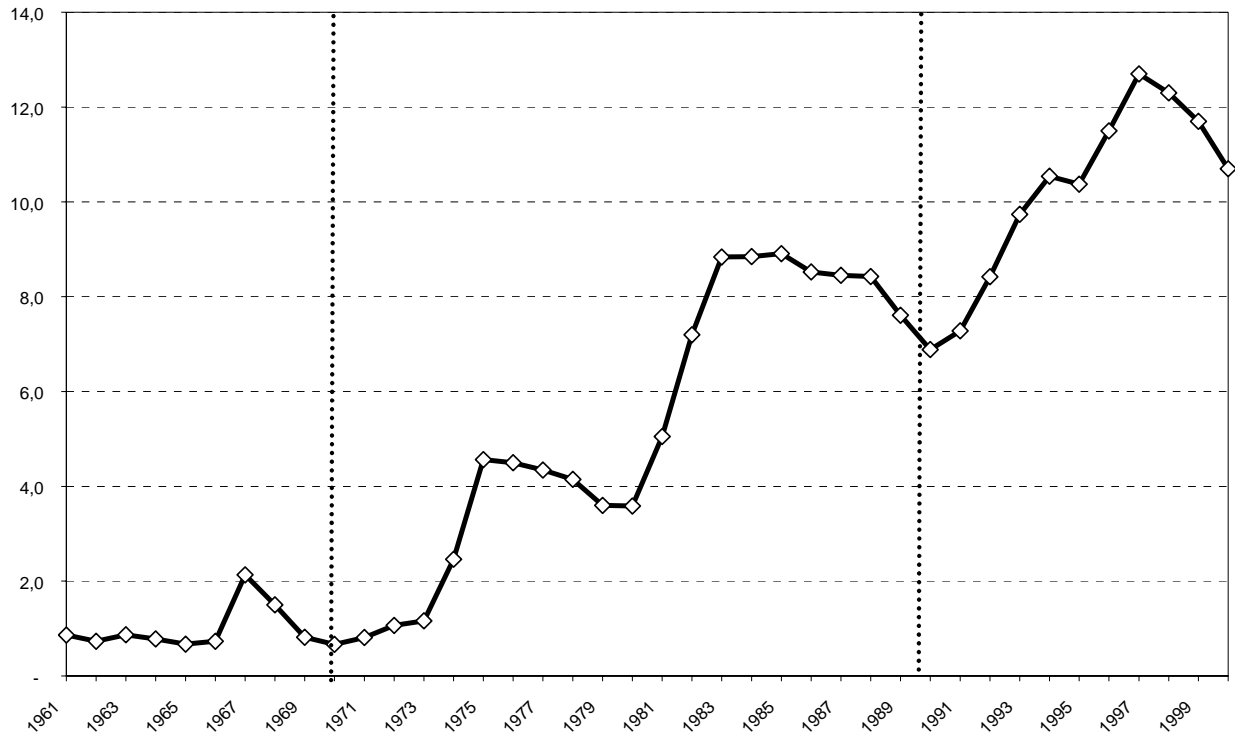
In der Folgezeit schwächte sich indes die Dynamik des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland doch recht deutlich ab. Insgesamt betrug das Wirtschaftswachstum in Deutschland in den 1970er Jahren durchschnittlich „nur noch“ + 2,8 %. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass für die Verringerung des Wirtschaftswachstums auch ordnungspolitische Aspekte eine Rolle gespielt haben könnten. Beispielhaft können der Anstieg in den Kartellanzahlen bzw. in der Anzahl an Unternehmenszusammenschlüssen genannt werden, wodurch die Wettbewerbsintensität in Deutschland (weiter) herabgesetzt wurde. Lohnsteigerungen jenseits der Produktivitätsentwicklung⁵¹ bedingten zudem Verschlechterungen in den Ertrags-Kosten-Relationen der Unternehmen mit negativen Konsequenzen für den westdeutschen Arbeitsmarkt.

Einschneidender waren aber m. E. die durch drastische Ölpreisverteuerungen – d. h. durch exogene außenwirtschaftliche Einflüsse - in den Jahren 1974/75 und 1981/82 ausgelösten wirtschaftlichen Problemlagen. Gerade für ein relativ rohstoffarmes, auf den Export industrieller Güter ausgerichtetes Land wie die Bundesrepublik Deutschland wirken sich weltwirtschaftliche Einflüsse bzw. Konjunkturen besonders stark aus.

Im Zuge der Rezession von 1974/75 verdoppelte sich die (absolute) Arbeitslosenanzahl in Deutschland nahezu und überschritt erstmals in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte die Millionen-Grenze. Auf diesem Niveau verharrte die Arbeitslosenzahl in der Folgezeit, ehe sie sich im Gefolge der Rezession von 1981/82 abermals verdoppelte (1982: 1,8 Mio. Erwerbslose).

⁵¹ Vgl. Hierzu Weimer 1998, S. 218-221.

**Abbildung 2: Die Entwicklung der Arbeitslosenquote
in der Bundesrepublik Deutschland von 1961 bis 2000 (in %)**



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten in VDR 2002

Die Rezession von 1974/75 wurde durch einen Aufschwung von 1975 bis 1979 abgelöst (siehe nochmals Abbildung 1). In dieser Zeit wurde von der sozial-liberalen Regierungskoalition eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik - nach dem aus Kapitel 5 bekannten - keynesianischen Muster des Deficit spending betrieben. So verabschiedete die Regierung 1977 das so genannte Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP). Dieses Programm hatte ursprünglich ein Volumen von 16 Mrd. DM und wurde später um 20 Mrd. DM aufgestockt, was also eine sehr beachtliche finanzielle Größenordnung auf. Das ZIP war auf vier Jahre (1977-1980) befristet und wurde durch Maßnahmen ergänzt, welche die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anregen sollten. Hierzu zählten steuerliche Begünstigungen für den Wohnungsbau und gewerbliche Investitionen, Verbesserungen beim Kindergeld, Entlastungen bei Lohn-, Einkommen- und Gewerbesteuer sowie Programme zur Finanzierung energie-

sparender Investitionen in Gebäude u. ä.⁵²

Die expansive Ausrichtung der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in den 1970er Jahren äußerte sich in einem Anstieg der Inflationsrate. Lag diese beispielsweise 1969 noch bei 2,8 %, so hatte sie sich 1972 auf 5,8 % erhöht.⁵³ Neben der expansiven Staatstätigkeit sind an dieser Stelle allerdings auch die im Gefolge der Ölkrise 1974/75 sozusagen importierte Inflation, die zunehmende Oligopolisierung der bundesdeutschen Volkswirtschaft und auch die Lohnsteigerungen jenseits der Produktivitätsentwicklung als bedeutsame Inflationsursachen anzusehen.

Die expansive Staatstätigkeit in den 1970er Jahren äußerte sich darüber hinaus in einem markanten Anstieg der Staatsverschuldung. Betrug die Staatsverschuldung 1969 z. B. noch 117,9 Mrd. DM, so lautete der entsprechende Betrag 1973 schon 170,9 Mrd. DM.⁵⁴ Die Staatsquote – definiert als Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt – erhöhte sich gegenüber den 1960er Jahren markant: 1971 lag sie – mit 40,6 % - erstmals oberhalb der Marke von 40%; bis zum Ende der 1970er Jahre war sie auf fast 50 % angestiegen (1979: 48,2 %).⁵⁵ Ausdruck der expansiven Staatstätigkeit in den 1970er Jahren war auch ein nennenswerter Ausbau des sozialen Sicherungsbereichs. Gerade zu Beginn der 1970er Jahre wurden – unter der Regierung von Willy Brandt – zahlreiche soziale Reformmaßnahmen beschlossen, deren Gegenfinanzierung die Sozialleistungsquote von zuvor etwa einem Viertel bis auf ca. ein Drittel erhöhte. Die Sozialleistungsquote ist hierbei definiert als Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt.⁵⁶

Die skizzierte Nachfrageorientierung der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik wurde in den 1980er Jahren durch eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik abgelöst - zunächst noch unter der Regierung des Sozialdemokraten Helmut Schmidt, danach – ab 1982 – unter der Regierung des Christdemokraten Helmut Kohl. Die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik beinhaltete die Zielsetzungen der Preisniveaustabilität, der Haushaltskonsolidierung und der Verringerung der Staatstätigkeit. Konkret wurden Unternehmen durch verbesserte Ab-

⁵² Vgl. Adam 1995, S. 149-150.

schreibungsmöglichkeiten und eine abgesenkte Gewerbesteuer entlastet, die privaten Haushalte durch Mehrwertsteuererhöhungen u. ä. hingegen belastet. Es erfolgten zudem Ausgabenkürzungen und Beitragserhöhungen im Sozialbereich der Bundesrepublik Deutschland.⁵⁷

Zwar war die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik bei der Inflationsbekämpfung durchaus erfolgreich: So lag die Inflationsrate z. B. 1987 bei lediglich 0,2 %. In der Beschäftigungspolitik schnitt die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik indes deutlich schlechter als die Nachfragepolitik der 1970er Jahre ab. So pendelte sich unter der Regierung von Helmut Kohl die westdeutsche Arbeitslosenquote um die 8-Prozent-Marke⁵⁸ ein und war damit deutlich höher als zuvor. Darüber hinaus führte die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu einem markanten Auseinanderklaffen der Unterschiede in der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung.⁵⁹ Auch wurde die Zielsetzung der Rückführung der Staatstätigkeit in den 1980er Jahren weitgehend verfehlt, da zum Ende der 1980er Jahre (1989) 45,8 % als Staatsquote für Westdeutschland⁶⁰ zu Buche standen.

⁵³ Vgl. Weimer 1998, S. 203.

⁵⁴ Vgl. Weimer 1998, S. 214.

⁵⁵ Vgl. z. B. VDR 2002.

⁵⁶ Vgl. hierzu z. B. VDR 2002. Vgl. auch die Ausführungen in Weimer 1998, S. 214-216 und S. 261.

⁵⁷ Vgl. Adam 1995, S. 150.

⁵⁸ Vgl. hierzu z. B. VDR 2002.

⁵⁹ Vgl. hierzu Adam 1995, S. 151-156.

⁶⁰ Vgl. z. B. VDR 2002.

7. Die deutsche Vereinigung als Zäsur in den 1990er Jahren

Die 1990er Jahre standen in Deutschland – neben der zunehmenden Europäisierung der nationalen Wirtschaftspolitik - im Zeichen der deutschen Vereinigung, welche am 03.10.1990 vollzogen wurde. Das Staatsgebiet der DDR wurde in die „alte Bundesrepublik Deutschland“ eingegliedert. Mit Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen kamen – neben Ost-Berlin – fünf neue Bundesländer hinzu. Die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland erhöhte sich hierdurch von ca. 60 Mio. auf ca. 80 Mio. Personen.

Mit der marktwirtschaftlich orientierten „alten Bundesrepublik Deutschland“ und der planwirtschaftlich orientierten DDR mussten zwei unterschiedliche Wirtschaftsordnungen zusammengeführt werden. Wirtschaftspolitisch wurde entschieden – und durch den Wahlsieg der christlich-liberalen Regierungskoalition bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 bestätigt -, auch für die „neue Bundesrepublik Deutschland“ als Wirtschaftsordnung die soziale Marktwirtschaft zugrunde zu legen. Es stellt sich daher das Problem der Transformation einer sozialistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft im Osten Deutschlands.

Im Zuge des Transformationsprozesses brachen für die ostdeutsche Wirtschaft eine Reihe von Absatzmärkten weg; die DDR-Produkte waren wenig konkurrenzfähig. Nahezu unausweichliche Folge der Tatsache, dass die DDR-Wirtschaft gegenüber Westdeutschland um ca. 20 Jahre „hinterher hinkte“, war daher eine sehr hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Da die für Ostdeutschland notwendigen Investitionen vorrangig im Westteil der Bundesrepublik Deutschland hergestellt wurden und werden, wurden bzw. werden in erster Linie dort Arbeitsplätze gesichert.⁶¹

Die Umstellungsprobleme der ostdeutschen Volkswirtschaft wurden hierbei verschärft durch die letztlich gewählte Umtauschrelation zwischen DM und Ostmark. Unter Bezugnahme auf realwirtschaftliche Gegebenheiten wäre eine Umtauschrelation von 1 zu 4 oder 1 zu 5 sinnvoll gewesen. Dies erschien – zumal unter dem Eindruck der einsetzenden Abwanderungswelle ostdeutscher Bürger in Richtung Westdeutschland – politisch nicht opportun. Daher wurden im Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokra-

tischen Republik am 1. Juli 1990 für die ostdeutsche Bevölkerung scheinbar günstigere Umtauschkurse festgelegt. Gleichwohl bewirkten diese Umtauschkurse, dass die ostdeutschen Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stark eingeschränkt wurden.⁶²

Der genannte Staatsvertrag tangierte in Ostdeutschland zum einen mit den bilanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten des Geld- und Kreditsystems der DDR die monetären Bestandsgrößen, d. h. den Geldvermögens*bestand*, und zum anderen die währungsbezogene Umstellung der Stromgrößen (insbesondere die der laufenden Lohn- und Gehaltszahlungen), d. h. die Möglichkeiten zur Geldvermögens*bildung*. Im Unterschied zu den im Verhältnis von 1:1 umgestellten Stromgrößen wurden die Bestandsgrößen prinzipiell zu einem Satz von 2:1 umgestellt. Eine Sonderregelung hinsichtlich der letztgenannten 2:1-Umstellung wurde vor allem unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung sozialer Härten getroffen: Bei den Bankeinlagen der anspruchsberechtigten Bürger wurden je nach Altersklasse Guthaben in Höhe von 2.000 Ostmark pro Kopf (für die jüngste Kohorte) bis hin zu 6.000 Ostmark pro Kopf (für die älteste Kohorte) zum Satz von 1:1 umgestellt. Nach dem 31.12.1989 entstandene Guthaben wurden im Verhältnis von 3:1 transformiert.

Wie stark die ostdeutschen Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit – trotz der milliardenschweren Aufbauhilfe in Form innerdeutscher West-Ost-Transferzahlungen - eingeschränkt wurden, wird – wie bereits angedeutet - insbesondere an den ostdeutschen Arbeitsmarktproblemen nach der „Wende“ deutlich. So zeigte eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW), dass in Ostdeutschland die Arbeitslosenquote der Frauen seit der deutschen Vereinigung bis 1995 zwischen immerhin 19 und 21 %, jene der Männer zwischen 10 und 12 % lag. Auch ergab sich zwischen 1991 und 1995 in Ostdeutschland ein Erwerbsquotenrückgang⁶³ bei den 15-65jährigen Männern um 6,3 Prozentpunkte (von 86,0 % auf 79,7 %) und bei den 15-65jährigen Frauen um 3,3 Prozentpunkte (von 77,2 % auf 73,9 %).

Nicht nur die Arbeitslosigkeit ist im Osten Deutschlands markant höher als in der „alten Bundesrepublik Deutschland“; auch in Bezug auf die Einkommens- und Vermögenslagen existieren zwischen Ost- und Westdeutschland – auf Grund der skizzierten Unterschiede

⁶¹ Vgl. Adam 1995, S. 261-271.

⁶² Vgl. Weimer 1998, S. 372-375.

⁶³ Die Erwerbsquote ist definiert als Verhältnis der Erwerbstätigen und Erwerbslosen einer bestimmten Altersgruppe zur Zahl aller Personen dieser Altersklasse; sie ist ein Indikator für die Erwerbsbeteiligung.

in Bezug auf Produktionsniveau und Arbeitslosigkeit nicht unerwartet – größere Unterschiede.⁶⁴

So zeigt beispielsweise ein Vergleich der Geldvermögensstruktur west- und ostdeutscher Haushalte deutliche Unterschiede. Die ostdeutschen Haushalte halten umfangreichere Barreserven und legen ihr Geldvermögen zu einem höheren Anteil in traditionellen Spareinlagen an. Allerdings war zwischen 1990 und 1994 bereits eine Angleichung der Vermögensstruktur zu beobachten. Dies galt insbesondere hinsichtlich des Abbaus der Barreserve. Außerdem wurden verstärkt Geldvermögen in Form von Termineinlagen, Sparbriefen und Wertpapieren gehalten. Auf Grund der häufig als unzureichend bewerteten eigenen Wohnsituation verfolgen viele Haushalte, die bereits über ausreichende Einkommen verfügen, langfristig das Ziel der Wohneigentumsbildung. Hierzu werden verstärkt Mittel bei Bausparkassen angelegt. Auf Grund der langen Ansparzeiten ist bezüglich der Bildung von Versicherungsguthaben nur eine langfristige Angleichung der west- und ostdeutschen Verhältnisse zu erreichen. Deshalb klaffen hier die Verhältnisse in den neuen und alten Bundesländern noch am weitesten auseinander.

Ins Verhältnis zum verfügbaren Haushaltseinkommen gesetzt, ergab sich im früheren Bundesgebiet für den (Brutto-)Geldvermögensbestand in der Phase nach der Währungsreform von 1948 eine Relation in Höhe von 0,5:1, welche sich zu Beginn der 1970er Jahre in ein 1:1-Verhältnis wandelte und Mitte der 1990er Jahre bei etwa 2:1 lag. In den neuen Ländern und Ostberlin lagen die - auf die verfügbaren Einkommen der Privathaushalte bezogenen - relativen Werte des Bruttogeldvermögens nach der Währungsumstellung von 1990 bis Mitte der 1990er Jahre zwischen ca. 80 und 90 % und somit um ein Vielfaches unter der oben genannten westdeutschen Relation für den gleichen Zeitraum.

Auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben aus den Jahren 1993 und 1998 ergibt sich eine höhere Geldvermögensungleichverteilung in West- gegenüber Ostdeutschland. Hinsichtlich der Verteilung des Haus- und Grundvermögens zeigen hingegen Ost-West-Vergleiche eine höhere Ungleichverteilung des Bruttogrundvermögens in Ost- gegenüber Westdeutschland. Diese resultiert nicht zuletzt daraus, dass die relativ schlechte Bausubstanz der ostdeutschen Gebäude eine starke Häufung der Grund-

⁶⁴ Zu den nachfolgenden vermögensbezogenen Erörterungen vgl. Faik, Jürgen/Schlomann, Heinrich: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland. In: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.): Reichtum in Deutsch-

vermögenswerte im unteren Verteilungsbereich bewirkt, so dass zahlreiche niedrige Grundvermögenswerte einigen wenigen hohen Verkehrswerten gegenüberstehen.

8. Die aktuelle Globalisierungs- und Internationalisierungsdebatte⁶⁵

Wenn über Globalisierung gesprochen wird, wird üblicherweise auf die aktuelle Situation oder auf Entwicklungen der beiden letzten Jahrzehnte Bezug genommen. Es gab jedoch bereits von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg eine Phase intensiver internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die durch die weitgehende Abwesenheit von Handelsbeschränkungen, einen in der Folge intensiven internationalen Warenverkehr und starke Migrationen gekennzeichnet war. Diese Phase vor dem Ersten Weltkrieg kann allerdings nicht unmittelbar mit der momentanen Situation verglichen werden. Große Teile der Welt hatten nicht die Möglichkeit, (weitgehend) gleichberechtigt an der Globalisierung teilzuhaben, und auch die Geschwindigkeiten von Kommunikation und Transport waren noch zu langsam, um ernsthaft von globalen Märkten sprechen zu können.

Das bloße Vorhandensein der technischen Möglichkeiten hätte hierfür jedoch nicht ausgereicht. Zusätzlich vonnöten war der von der Erwartung zusätzlicher Wachstums- und Verteilungsspielräume getragene politische Wille zur Globalisierung. Im Zuge der verschiedenen - durch die Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) gekrönten - GATT-Runden⁶⁶ kam es zu beachtlichen Liberalisierungserfolgen. Diese haben zwar nicht zu einer vollständigen Abschaffung, wohl aber zu einer deutlichen Senkung der tarifären und nicht-tarifären Handelsbeschränkungen geführt und damit den Prozess, der gemeinhin als Globalisierung etikettiert wird, erst möglich gemacht. Auch politische Bestrebungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsblöcke zielten in Richtung verstärkter Liberalisierung. Innerhalb der EU z. B. dokumentiert sich dies in der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986, welche die Voraussetzungen für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und hiermit einhergehend für die Freizügigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital schuf.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der Begriff der Globalisierung weltumspan-

⁶⁵ Vgl. hierzu die Ausführungen in Faik, Jürgen/Grütz, Jens: Globalisierung der Wirtschaft: Kompensation der Verlierer durch die Gewinner? In: Deutsche Rentenversicherung, Frankfurt am Main, Heft 5/1999, S. 298-318.

⁶⁶ GATT = General Agreement on Tariffs and Trade. Das GATT wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel gegründet, Handelsbeschränkungen abzubauen. Besonders erfolgreich war die Genf-Runde (1947), die zu einer 35prozentigen internationalen Senkung der Zölle führte. Den Abschluss - nach Kennedy- und Tokio-Runde - bildete die Uruguay-Runde. 1994 trat die WTO an die Stelle des GATT. Vornehmliches Ziel der WTO ist die Beseitigung nicht-tariflicher Barrieren und von Protektion.

nende Wirtschaftsbeziehungen impliziert, die empirisch allerdings nur bedingt gegeben sind. Es ist zwar eine Ausweitung und Intensivierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen einer internationalen Produktions- und Wertschöpfungskette festzustellen; dieser Prozess bezieht sich indes vorrangig auf spezifische Gebiete der Erde. Direktinvestitionen etwa werden vorrangig in der sogenannten Triade Nordamerika - Westeuropa - Südostasien getätigt. Wie an Hand von Bundesbank-Angaben beispielhaft für die Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1998 errechnet, entfielen ca. 62 % aller deutschen Direktinvestitionen auf den EU-Raum und ca. 8 % auf das Gebiet der USA. Diese Größenordnung von 70 % aller deutschen Direktinvestitionen macht am Beispiel Deutschland die Konzentration der internationalisierten Wirtschaftsbeziehungen auf spezifische Regionen der Erde deutlich.

Globalisierung bezieht sich nicht nur auf den internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen, sondern in zunehmendem Maße auf finanzmarktbezogene Aktivitäten. Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang, dass Verwerfungen auf den Finanzmärkten (im Sinne spekulativer „Übertreibungen“) realwirtschaftliche Probleme hervorrufen können. So kann etwa eine Baisse insofern realwirtschaftlich unerwünschte Folgen bedingen, als für das Wirtschaftswachstum notwendige Sachinvestitionen wegen zunehmenden Pessimismus der Aktionäre unterbleiben und auch die Konsumfähigkeit und -neigung der privaten Haushalte belastet wird. Derartige Entwicklungen werden vielfach im Zusammenhang mit dem Heraufbeschwören einer neuen Weltwirtschaftskrise skizziert.

Empirisch zeigte sich seit Mitte der 1980er Jahre, dass sich der internationale Güteraus-tausch weit dynamischer als der weltweite Output entwickelte. So wuchs der weltweite Handel mit Gütern und Dienstleistungen in den 1990er Jahren rund doppelt so schnell wie der weltweite Output. Die Steigerungsraten im Rahmen des internationalen Finanzver-kehrs waren in dem betreffenden Zeitraum noch größer als die des Welthandels.

Grundsätzlich eröffnet wirtschaftliche Globalisierung durch Effizienzgewinne Chancen auf ein verstärktes wirtschaftliches Wachstum. Zweifellos verschärft die Globalisierung aber auch den internationalen Wettbewerb und erfordert umfangreiche Restrukturierungen ins-besondere in Großunternehmen mit entsprechenden Rückwirkungen auf den Arbeits-markt.

So gibt es Anzeichen für eine zumindest relative Benachteiligung gering qualifizierter Ar-beitskräfte in den Industriestaaten. Sowohl für Deutschland als auch im internationalen

Vergleich zeigen sich in diesem Segment des Arbeitsmarktes steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne. Die letztgenannten Phänomene sind nicht zuletzt die Folge verstärkter grenzüberschreitender Migrationen sowie eines im Zuge der Globalisierung beschleunigten technischen Fortschritts: Durch den technischen Fortschritt hervorgerufene schnellere Änderungen in der Struktur der Arbeitsnachfrage können vom hier anzutreffenden Arbeitsangebot nicht oder nicht hinreichend schnell nachvollzogen werden, und das ohnehin reichhaltige Arbeitsangebot in diesem Segment des Arbeitsmarktes wird durch die Zuwanderung ähnlich qualifizierter Personen vergrößert. Es ergibt sich ein Umfeld für weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der (noch) in diesem Bereich Beschäftigten. Dies wird durch die Schaffung komplementärer Arbeitsplätze - die vermehrte Nachfrage nach Hochqualifizierten schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte - wahrscheinlich nur zum Teil kompensiert. Alles in allem erscheint eine Verschärfung der Einkommensverteilungsdisparitäten in den betroffenen Ländern nicht unrealistisch.

Ein bisher wahrscheinlich eher kleiner, angesichts der zu erwartenden stärkeren Integration großer „Billiganbieter“ wie China oder Indien in Zukunft aber wohl wachsender Teil der deutschen (Erwerbs-)Bevölkerung profitiert somit eher nicht von der Globalisierung. Stellt man die These auf, dass die gesamte Volkswirtschaft bei einem Rückfall in die Zeiten des Protektionismus „verlieren“ würde, müssten die „Gewinner“ ein Interesse daran haben, die „Verlierer“ zumindest zum Teil zu entschädigen; d. h. in ihrem eigenen Interesse müssten sie sich solidarisch verhalten.

Die Frage nach Kompensationsregelungen zu Gunsten der Globalisierungsverlierer kann grundsätzlich sowohl auf der internationalen als auch auf der nationalen Ebene behandelt werden: Auf der internationalen Ebene sind in diesem Zusammenhang sinnvollerweise Kompensationsregelungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie Kompensationen zwischen ähnlich entwickelten (Industrie-)Ländern voneinander zu unterscheiden.

Kompensationsregelungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als Folge der Globalisierung erscheinen eher nicht notwendig, da die bislang tendenziell von der bestehenden Weltwirtschaftsordnung benachteiligten Entwicklungsländer durch die Globalisierung in überproportionalem Maße „gewinnen“ dürften. Auch im Zusammenhang mit den Beziehungen innerhalb der Gruppe entwickelter Länder besteht grundsätzlich keine Notwendigkeit für staatenübergreifende Kompensationsregelungen als Folge der Globalisierung, da bei Vorgabe „fairer“ Rahmenbedingungen alle an der Globalisierung beteiligten Industrieländer den gleichen Wettbewerbsbedingungen - d. h. vergleichbaren Chancen

und Risiken - unterworfen sind. Allenfalls im Kontext eines Staatenbundes - wie ihn z. B. die EU tendenziell darstellt - erscheinen gewisse begrenzte Kompensationsregelungen vertretbar, um den politischen Zusammenhalt der beteiligten Staaten nicht zu gefährden. Entsprechende Regelungen sollten allerdings vor dem Hintergrund eines geringeren Grades politischer Einheit weniger umfassend als entsprechende Maßnahmen innerhalb eines Nationalstaats sein. Zu denken ist in diesem Zusammenhang an die Bildung bzw. den Ausbau bestehender Ausgleichsfonds. Grundsätzlich sollte allerdings die nationale Politikverantwortlichkeit erhalten bleiben, um nationalstaatlichen Besonderheiten Rechnung tragen zu können.

Im Unterschied zur internationalen Ebene ergibt sich im nationalen Maßstab eine stärkere Notwendigkeit zum sozialen Ausgleich zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern. Die mögliche wirtschaftliche Polarisierung zwischen nationalen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung - d. h. insbesondere jene zwischen Arbeitgebern und gut qualifizierten Arbeitnehmern auf der einen Seite sowie weniger gut qualifizierten Arbeitnehmern auf der anderen Seite - gibt nämlich durchaus begründeten Anlass zur Furcht vor gesellschaftlichen Spaltungstendenzen. Der in diesem Zusammenhang denkbare Lösungsvorschlag, zu Gunsten der benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen einen „Schutzwall“ zu errichten, welcher sinnvollerweise nur auf internationaler Ebene verwirklicht werden könnte, erscheint angesichts der realen Verhältnisse wenig Erfolg versprechend. Er ist auch insofern gefährlich, als er etwa durch die Setzung internationaler Standards gerade die „aufholenden“ Staaten wichtiger Wettbewerbsvorteile berauben und protektionistischem Verhalten in den Hochlohnländern mit all seinen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen Vorschub leisten würde.

Es erscheint in Einzelbereichen in den Hochlohnländern zwar schon so zu sein, dass Sozialstandards zu hoch bzw. problemnadäquat angesetzt sind; in diesen Bereichen erscheint ein teilweises „Zurückfahren“ staatlicher Sozialleistungen auf ein allgemein akzeptiertes Niveau vertretbar. In diesem Sinne kann das deutsche Transfersystem als gewachsene Ordnung verstanden werden, die prinzipiell ihren Zweck erfüllt, aber nicht frei von Widersprüchen ist. Gerade im globalen Wettbewerb stellt sich daher für die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik die Aufgabe, Kompliziertheiten, Undurchsichtigkeiten und Unstimmigkeiten im bestehenden Transfersystem zu eliminieren, um unbeabsichtigte Kumulationen und damit Verzerrungen der Anreizstrukturen zu minimieren. Common sense herrscht hierbei aber immerhin insofern, als zumindest die Absicherung des Armutrisikos

als sozialstaatliche Aufgabe angesehen wird. Einer Umverteilung von den Gewinnern (den Arbeitgebern bzw. den hochqualifizierten, reicheren Arbeitnehmern) zu den Verlierern (den gering qualifizierten, ärmeren Arbeitnehmern) wird daher - natürlich in Grenzen - selbst von den Autoren zugestimmt, welche sozialstaatlichen Argumenten gegenüber ansonsten weniger aufgeschlossen sind.

Solange die Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik Deutschland höher als in anderen Ländern ist, sind selbst bei identischen Produktqualitäten höhere Löhne und höhere Sozialkosten gerechtfertigt. Gelingt es darüber hinaus der deutschen Wirtschaft, sich durch Innovationen neue Märkte im Ausland zu erschließen, kann dies zumindest temporär höhere Produktionskosten, mithin auch höhere Lohnkosten inklusive höherer Sozialkosten für die betreffenden Güter und Dienstleistungen beinhalten.

Die nationale Sozialpolitik besitzt daher im Zeitalter der Globalisierung zwar verringerte, gleichwohl aber weiterhin ausreichende eigene Gestaltungsspielräume. Es kommt allerdings zunehmend darauf an, dass einer höheren - sowohl auf den Faktor Arbeit als auch auf den Faktor Kapital bezogenen - Abgabenlast aus Sicht der Global Player ausreichende staatliche Gegenleistungen gegenüberstehen. Solange dies der Fall ist - und die in jüngster Zeit zu beobachtende Rückverlagerung von Produktionsstätten nach Deutschland scheint zu unterstreichen, dass dies zumindest überwiegend immer noch der Fall ist -, ergeben sich sozialstaatliche Gestaltungsspielräume.

Die Umverteilungsvorgänge von den Globalisierungsgewinnern hin zu den Globalisierungsverlierern sind in erster Linie gesamtgesellschaftlicher Natur und sollten daher vorrangig steuerfinanziert werden. Geht man von der Annahme aus, dass die durch die Globalisierung hervorgerufenen Vorteile progressiv mit dem individuellen Einkommen ansteigen, so wäre für Deutschland eine Finanzierung durch die progressiv ausgestaltete Einkommensteuer sachadäquat. Eine unterproportionale bis lineare Beziehung würde hingegen eine Finanzierung durch allgemeine oder spezifische Verbrauchsteuern nahe legen. Der Beweis für die eine oder andere Beziehung zwischen Globalisierungsgewinnen und individuellem Einkommensniveau dürfte allerdings nur schwer zu führen sein. Daher erscheint eine pragmatische Lösung angezeigt, die zum einen auf die finanzwissenschaftliche Forderung nach einer Reduktion der direkten Besteuerung Bezug nimmt und zum anderen die deutschen Spielräume bei der Harmonisierung der Mehrwertsteuer in Europa mit der Lenkungsfunction einer Energiesteuer verbindet.

Denkbar im Zusammenhang mit der Ausgestaltung entsprechender steuerfinanzierter Kompensationsregelungen sind etwa bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Staates zu Gunsten der von der Globalisierung in negativer Weise betroffenen gering qualifizierten Arbeitnehmerschaft, welche dazu beitragen, das Angebot an gering qualifizierter Arbeit zu vermindern und solcherart - zumindest mittel- bis langfristig - den veränderten Nachfrageverhältnissen anzupassen. Mit einer derartigen Strategie verbundene Qualifizierungsangebote sind sinnvollerweise aber nicht nur vom Staat, sondern auch - über die Steuerfinanzierung hinausgehend - von Seiten der Unternehmen bereitzustellen.

Eine defensiv ausgerichtete, rein marktwirtschaftliche Lösung bestünde demgegenüber darin, über eine stärkere qualifikatorische Spreizung der Löhne und eine hiermit einhergehende Verbilligung gering qualifizierter Arbeit die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit zu erhöhen und solcherart den gegebenen Angebotsverhältnissen anzupassen. Solchen Strategien ist aber immerhin die „natürliche“ Grenze in Form des gesellschaftlichen Existenzminimums gesetzt. Auch wird der Faktor Arbeit in entsprechenden Modellen zu einseitig als Kostenfaktor gesehen, während kreislauftheoretische Zusammenhänge (weitgehend) ausgeblendet werden.

Einer OECD-Studie zufolge ergibt sich im Übrigen keine statistisch-signifikante Beziehung zwischen einer hohen Deregulierung des Arbeitsmarktes - im Sinne einer zunehmenden qualifikatorischen Spreizung der Löhne - und Beschäftigungszuwächsen gerade im Segment der Geringqualifizierten. Auch die Einkommensmobilität verändert sich - den empirischen Befunden zufolge - durch niedrigere (Einstiegs-)Lohnniveaus nicht wesentlich; d. h. das mitunter vertretene Argument, niedrigere (Einstiegs-)Löhne böten Aufstiegschancen, erscheint nur bedingt bzw. gar nicht haltbar.

Darüber hinaus haben Niedriglohnstrategien - gewissermaßen spiegelbildlich zu den Nutzensvorteilen sozialstaatlicher Politik - gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Nebenwirkungen:

- Sie schwächen die gesellschaftlichen Innovationskräfte, da kurzfristiges Kostendenken dominiert, welches innovationsfördernde Elemente wie die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse oder (innerbetriebliche) Humankapitalinvestitionen in den Hintergrund treten lässt.
- Sie senken Potenziale zur Umverteilung von Arbeit und berauben daher die Arbeitsmarktpolitik wirksamer Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, u. a. deswe-

gen, weil bei ungleicher Verteilung von Lohnzuwächsen (zu Gunsten der oberen Einkommensgruppen) die Bereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder zu Arbeitszeitverkürzungen tendenziell abnehmen dürfte.

- Sie schwächen die soziale Kohäsion, da Aktivitäten in der Schattenwirtschaft bzw. kriminelle Aktivitäten zunehmend attraktiver werden.

Alles in allem erscheinen Niedriglohnkonzepte zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme gering qualifizierter inländischer Arbeitnehmer wenig tauglich. Eine „revolutionäre“ Beseitigung bewährter sozialstaatlicher Rahmenbedingungen, worauf die Protagonisten von Niedriglohnkonzepten letztlich abzielen, ist daher nicht erforderlich. Nicht ausgeschlossen sind allerdings Reformen *im* sozialstaatlichen System. Selbst unter konsequenter Verfolgung von Qualifizierungsstrategien zu Gunsten bis dato gering qualifizierter Arbeitskräfte lässt sich der Ausgleich von Angebot und Nachfrage in den korrespondierenden Problem-bereichen des Arbeitsmarktes nicht in absehbarer Zeit bewerkstelligen. Daher erscheinen in einem zu definierenden Ausmaß direkte Zahlungen - gewissermaßen als Soforthilfe - unumgänglich, um den dauerhaften Ausschluss einzelner Bevölkerungsteile vom Erwerbsleben - mit entsprechenden sozialen Folgen - zu verhindern. In diesem eingeschränkten Sinne ist durchaus an eine Subjektförderung im Rahmen von Kombilohnmodellen zu denken. Direkte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber erscheinen hingegen weniger zieladäquat. Letzteres gilt prinzipiell auch für die Konzeption eines „zweiten Arbeitsmarktes“, da hierdurch die Beziehung zwischen tatsächlicher Arbeitsnachfrage und effektivem Arbeitsangebot dauerhaft verzerrt wird; darüber hinaus stellt sich die grundsätzliche Frage, ob nicht der Staat mit der Aufgabe, Arbeit zu garantieren - und sei es „nur“ auf dem zweiten Arbeitsmarkt -, überfordert würde.

Letztlich erscheint zur Lösung der bundesdeutschen Arbeitsmarktprobleme ein Maßnahmenbündel indiziert. Betroffen wären hiervon insbesondere folgende Wirtschaftspolitikbereiche:⁶⁷

- Die *Fiskalpolitik* sollte die Staatshaushalte u. a. über einen deutlichen Subventionsabbau konsolidieren, hierbei allerdings kaufkraftmindernde Bestandteile erst in günstigen Konjunkturlagen wirksam werden lassen.

⁶⁷ Vgl. Grütz, Jens /Faik, Jürgen: Gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitsmarkt - Eine ökonomische Betrachtungsweise. In: Deutsche Rentenversicherung, Frankfurt am Main, Heft 5/1998, S. 292-314; hier: S. 311.

- Die *Tarifpartner* sollten primär Vereinbarungen über (arbeits-)produktivitätsgerechte Lohnsteigerungen treffen. Außerdem sollten sie mehr Teilzeitarbeitsplätze sowie Vereinbarungen über einen zumindest teilweisen Überstundenabbau initiieren.
- Die *Geldpolitik* sollte möglichst über niedrige Zinsen verstärkt Investitionen und damit einhergehend eine steigende Arbeitsnachfrage induzieren.

Der Gestaltungsspielraum der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik wird – gerade auch im Hinblick auf die Lösung der Arbeitsmarktprobleme – durch die mit der Einführung der „europäischen Gemeinschaftswährung“ Euro⁶⁸ verbundene Einhaltung so genannter Stabilitätskriterien eingeschränkt. So darf das jährliche Haushaltsdefizit bzw. die Neuverschuldung eines Euro-Teilnehmerlandes nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts des Landes betragen. Ansonsten müssen jährlich Geldbußen in Höhe von bis zu 0,5 % des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts gezahlt werden. Sollte das Bruttoinlandsprodukt um 0,75 bis 2 % p. a. sinken, so kann von dem betroffenen Land ein Antrag auf Aussetzung der genannten Sanktionen gestellt werden, da in diesem Fall für das Haushaltsdefizit ein Konjunkturunbruch ursächlich gemacht werden kann. Grundsätzlich sind aber durch den Stabilitätspakt zur Europäischen Währungsunion der nationalen Wirtschaftspolitik Grenzen gezogen. Dies gilt etwa für eine in bestimmten wirtschaftlichen Situationen durchaus indizierte nachfragebezogene Wirtschaftspolitik. Da empirische Untersuchungen zumindest eine Gleichwertigkeit nachfrageorientierter Politikansätze gegenüber angebotsorientierten Strategien nahe legen, erscheint eine derartige Einengung der nationalen Wirtschaftspolitik durch den Stabilitätspakt nicht ganz unproblematisch.

⁶⁸ Seit dem 01.07.2002 ist der Euro in 12 EU-Mitgliedsstaaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, alleiniges Zahlungsmittel.

9. Schlussbetrachtung

Die Bundesrepublik Deutschland existiert inzwischen mehr als fünf Jahrzehnte, und trotz aller Umbrüche und Problemlagen kann ihre Wirtschaftsgeschichte m. E. als „Erfolgsbilanz“ bezeichnet werden. Dies gilt zumindest dann, „(...) wenn man das Ausmaß der Veränderung von der auto- und fernsehlösen Bleistiftspitzergesellschaft zur volldigitalisierten Informationskultur, vom Trümmerelend der Nachkriegszeit zum Hyperwohlstand der Jahrtausendwende betrachtet.“⁶⁹ Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland konnte m. E. nur deswegen geschrieben werden, weil – ungeachtet aller Umbrüche und Wandlungen – eine Reihe von Kontinuitäten im Sinne von „ruhenden Polen“ den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands maßgeblich garantierten. Beispielhaft können die relativ große Stabilität der bundesdeutschen Währung (der DM), aber auch der hohe Grad sozialen Friedens genannt werden. Auch die bedeutendsten Wirtschaftssektoren sind über die Zeit hinweg gleich geblieben (nicht zuletzt auch in der für Deutschland besonders relevanten Export-Perspektive): Chemie, Auto-, Maschinenbau und Elektrotechnik.⁷⁰

Betrachtet man das bemerkenswerte Maß an Sozialproduktwachstum in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland⁷¹, wird deutlich, dass sich die Güterversorgung der Bevölkerung deutlich erhöht hat. So ist das reale Bruttosozialprodukt seit dem Zweiten Weltkrieg um ca. 600 % gestiegen, und zwar auf ein Niveau, welches Deutschland neben den USA und Japan zu einer der drei führenden Wirtschaftsnationen der Welt gemacht hat. Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft war dabei bis dato von lediglich vier Jahren mit negativem Bruttosozialproduktwachstum beeinträchtigt (1967, 1975, 1982 und 1993). Der Wachstumsprozess der bundesdeutschen Wirtschaft ging einher mit einer „Demokratisierung des Konsums“⁷²; d. h. alle sozialen Schichten Deutschlands hatten Anteil an den skizzierten Wohlstandszugewinnen. Ferner wurde der bundesdeutsche Wachstumsprozess von einer nachhaltigen Verkürzung der (Wochen-)Arbeitszeit begleitet. Dies bedeutet, dass die Arbeitsproduktivität in Deutschland nahezu beständig angestiegen ist.⁷³

⁶⁹ Weimer 1998, S. 435.

⁷⁰ Vgl. Weimer 1998, S. 435.

⁷¹ Vgl. Weimer 1998, S. 437.

⁷² Weimer 1998, S. 438.

⁷³ Vgl. Weimer 1998, S. 437-441.

Trotz der beschriebenen Erfolgsbilanz gibt es in Deutschland seit einiger Zeit auch nachdenklich stimmende Aspekte. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang die fehlende Zieladäquanz der bundesdeutschen Sozialpolitik, die Überbürokratisierung der deutschen Gesellschaft sowie die fehlende Öffnung bzw. Vertiefung hinsichtlich neuer Technikfelder (wie Gentechnik, Mikroelektronik oder Luft- und Raumfahrt).⁷⁴ Hier erscheinen – wie in Kapitel 8 diskutiert - Veränderungen notwendig, damit die Erfolgsbilanz der bundesdeutschen Wirtschaft künftig nicht entscheidend beschädigt werden wird.

⁷⁴ Vgl. Weimer 1998, S. 451-453 und S. 458-461.